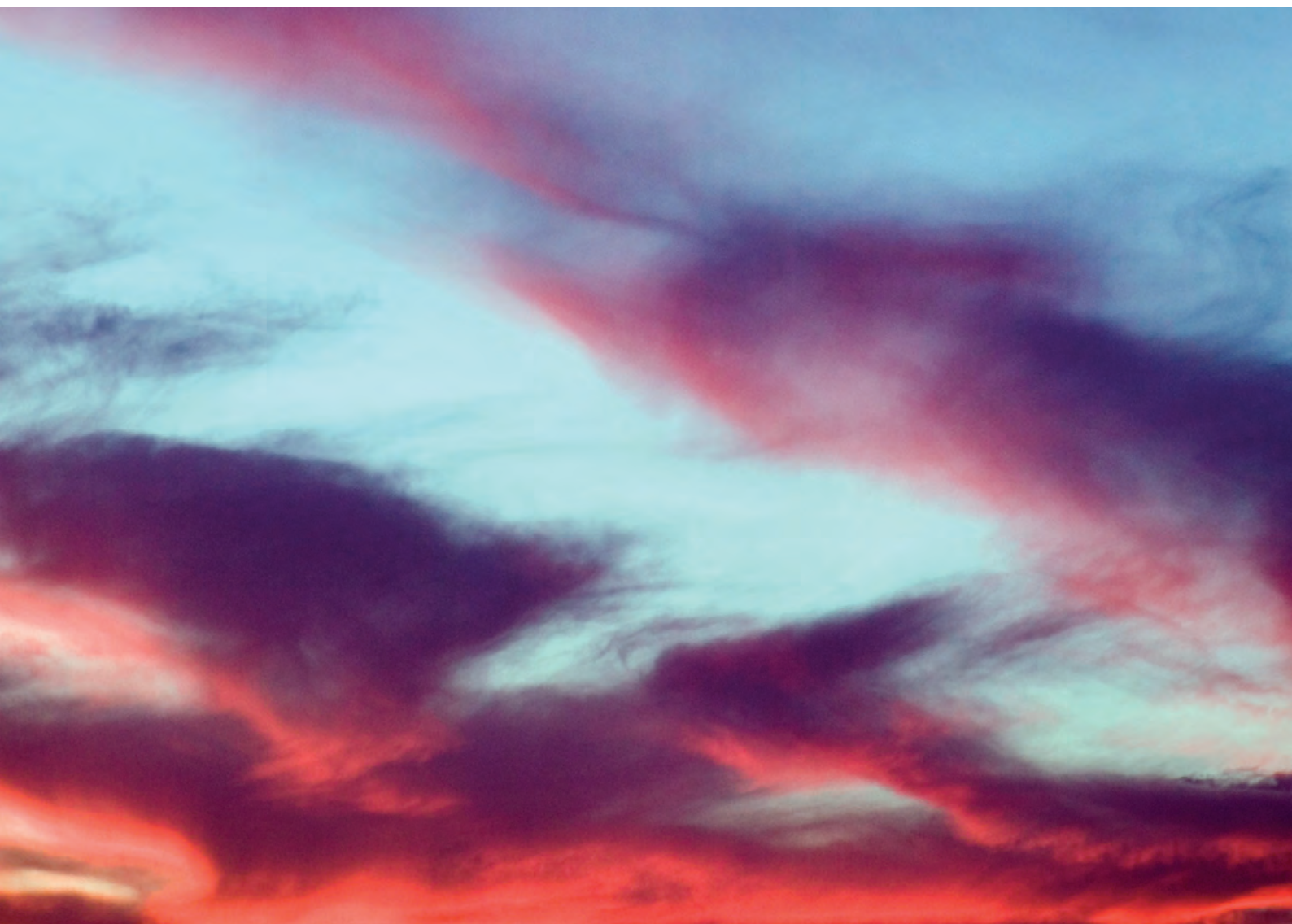




Impressum

Herausgeber

Liechtensteinische AHV-IV-FAK, Vaduz

Konzept/Grafik

Medienbuero Oehri & Kaiser AG, Eschen

Druck

Lampert Druckzentrum AG, Vaduz

Fotos

Brigitt Risch, Schaan (S. 4, S. 16, S. 32)

Archiv AHV (S. 60)

istockphoto (Himmel/Wolken)

Vorbemerkung zur Verwendung weiblicher und männlicher Begriffe

Um den Lesefluss zu erleichtern, werden Begriffe, die sowohl in weiblicher als auch in männlicher Form existieren, meist nur in einer der Formen aufgeführt.

Vorbemerkung zu den statistischen Auswertungen

Die statistischen Auswertungen werden rein zu statistischen Zwecken und im Unterschied zur Jahresrechnung ohne Abgrenzungen erhoben. Einzelne der ausgewerteten Zahlen können Momentaufnahmen darstellen. Daher können die statistischen Auswertungen zu einem gewissen Grad von der Jahresrechnung abweichen. Massgebend für die Jahresrechnung sind natürlich ausschliesslich die dort dargestellten Zahlen.

April 2010



„Vorausschauend im Wandel“

Inhalt

> Inhalt

Vorwort 4

Einleitung 6

Jahresbericht 2009

1. Ergebnis im Überblick 8

2. Organisation 9

2.1 Allgemeines 9

2.2 Organigramm 9

2.3 Organe 10

2.4 Veränderungen im Berichtsjahr 11

2.5 Verabschiedungen 11

3. Alters- und Hinterlassenenversicherung 12

3.1 Jahresergebnis 12

3.2 Änderungen in der Gesetzgebung 12

3.3 Statistische Auswertungen 13

3.4 Entwicklung des AHV-Fonds 14

4. Invalidenversicherung 19

4.1 Jahresergebnis 19

4.2 Änderungen in der Gesetzgebung 19

4.3 Statistische Auswertungen 20

4.4 Entwicklung des IV-Fonds 22

5. Familienausgleichskasse 24

5.1 Jahresergebnis 24

5.2 Änderungen in der Gesetzgebung 24

5.3 Statistische Auswertungen 25

5.4 Entwicklung des FAK-Fonds 26

6. Verwaltung 28

6.1 Jahresergebnis 28

6.2 Personelles 28

6.3 Einzelheiten aus der Verwaltung 29



7. Verwaltungsrat	32
8. Anlagetätigkeit	34
8.1 Allgemeines	34
8.2 Berichtsjahr	35
9. Aufsichtsrat	37
10. Übertragene Aufgaben	37
10.1 Allgemeines	37
10.2 Ergänzungsleistungen	38
10.3 Hilflosenentschädigungen	39
10.4 Besondere medizinische Massnahmen	40
10.5 Blindenbeihilfen	40
10.6 Anschlusskontrolle im Bereich der 2. Säule	41
11. Zusammenfassung des Berichtsjahres	42
12. Aktuelle Entwicklungen und Ausblick	44
Jahresrechnung	47
Betriebsrechnung AHV 2009	48
Bilanz AHV-Fonds per 31. Dezember 2009	49
Betriebsrechnung IV 2009	50
Bilanz IV-Fonds per 31. Dezember 2009	51
Betriebsrechnung FAK 2009	52
Bilanz FAK-Fonds per 31. Dezember 2009	53
Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK 2009	54
Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK per 31. Dezember 2009	55
Anhang zur Jahresrechnung per 31. Dezember 2009	56

Vorwort

> Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten

„Vorausschauend im Wandel“

Nachdem der im Juni 2008 neu gewählte Verwaltungsrat im weiteren Verlauf des Jahres 2008 schwierige Zeiten für die Verwaltung der Vermögenswerte des AHV-Fonds und der FAK erleben musste, besserte sich das Bild im Laufe des Jahres 2009 ganz wesentlich.

Nachdem im Vorjahr beim AHV-Fonds-Vermögen ein Rückgang um rund CHF 139 Millionen (eigentlich CHF 299 Millionen unter Berücksichtigung der Auflösung der Bewertungsreserve) festgestellt werden musste, gab es im Jahre 2009 eine gegenteilige Bewegung. Das AHV-Fonds-Vermögen beläuft sich per Ende 2009 nunmehr auf CHF 2,318 Milliarden und hat daher innert 12 Monaten um CHF 278 Millionen zugenommen.

Dies wurde vor allem durch eine Wertsteigerung des Wertpapiervermögens in der Höhe von 12,33% bewirkt, nachdem das Wertpapiervermögen im Jahre 2008 noch einen buchmässigen Wertverlust von 15,45% verzeichnen musste.

Besonders erfreulich ist dabei, dass die AHV im vergangenen Jahr die Auslagen – das heisst vor allem die Rentenzahlungen – allein

mit den Vermögenserträgen des AHV-Fonds hätte finanzieren können.

Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass die Rentenausgaben stärker gestiegen sind als die Einnahmen durch Versicherungsbeiträge. Die Ausgaben verzeichnen nämlich eine Steigerungsquote von 7,6%, während die Beitragseingänge nur um 5,37% zugenommen haben. Dieser Trend wird wohl auch weiter anhalten, weshalb die AHV weiterhin auf solide Vermögenserträge und einen angemessenen Staatsbeitrag angewiesen ist, um die ihr derzeit vom Gesetzgeber aufgetragenen Leistungen langfristig ohne Einbussen erbringen zu können.

Die von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe zur Beratung möglicher zukünftiger Massnahmen zwecks Sicherung der Zukunft der AHV hat bis heute noch zu keinen entsprechenden Beschlüssen bzw. Anträgen der Regierung an den Landtag auf Änderung gesetzlicher Bestimmungen geführt. Es kann aber wohl davon ausgegangen werden, dass die derzeitige gesetzliche Regelung, wonach der Staat der AHV-Anstalt jährlich einen Beitrag von 20% der jährlichen Ausgaben leistet, nicht unverändert auf Dauer auf-



Verwaltungsratspräsident
Dr. Peter Wolff



> Vorwort des Verwaltungsratspräsidenten

recht bleiben wird. Sollte der derzeitige Staatsbeitrag in der Höhe von grössenordnungsmässig CHF 50 Millionen zumindest in dieser Höhe erhalten bleiben – wenn auch allenfalls ohne Steigerung gemäss Erhöhung der Rentenausgaben –, dann sollte die Finanzierung der derzeitigen Leistungen der AHV zumindest mittelfristig problemlos gesichert sein. Trotzdem kann man sich sicherlich fragen, ob gewisse Leistungen wie zum Beispiel die finanziellen Rahmenbedingungen der Frühpensionierung gemässzeitigem Regelwerk unverändert aufrecht erhalten werden sollen. Dies ist aber letztlich Sache des Gesetzgebers, dessen Beschlüsse von der Anstalt umzusetzen sind.

Beim Jahresergebnis der Invalidenversicherung ist eine Ausgabensteigerung von beinahe 9% festzustellen. Dies, obwohl die Leistungen der IV sicherlich nicht zu grosszügig zugesprochen werden. Im Gegenteil. Im Berichtsjahr wurden 56% der Anträge auf Invalidenrente abgelehnt (gegenüber vorher 53%). Bei einer so hohen Ablehnungsquote kann daher mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass nur diejenigen Leistungen zugesprochen werden, die wirklich notwendig sind.

Bei der Jahresrechnung der Familienausgleichskasse ist zunächst analog zum AHV-Fonds das im Vergleich zum Vorjahr markant bessere Ergebnis der Vermögenserträge hervorzuheben. Dies führte zu einem Fondsvermögen, welches bereits mehr als eine zweifache Jahresausgabe beträgt, so dass man sich bei einem Anhalten dieses Trends im laufenden Jahr seitens der zuständigen Gremien des Landes Gedanken darüber machen könnte, ob entweder die Leistungen erhöht oder die Beiträge gesenkt werden sollen.

Die Verwaltungskostenrechnung weist einen positiven Abschluss aus, was aber nicht zu falschen Schlüssen verleiten darf. Es wurden nämlich erstmals neue Rechnungslegungsrichtlinien angewandt, was zur Auflösung von Rückstellungen für Frühpensionierungen des AHV-Personals und andererseits zu neuen Rückstellungen der Ferien- und Überstundenüberhänge geführt hat. Ausserdem werden die Reserven der Verwaltungskostenrechnung in den kommenden Jahren höchstwahrscheinlich für die zu erwartenden steigenden Ausgaben benötigt werden, wie aus dem vom Landtag genehmigten Verwaltungskostenvoranschlag für das Jahr 2010 bereits ersichtlich war.

Gesamthaft kann sicher gesagt werden, dass 2009 für die AHV-IV-FAK-Anstalten ein erfolgreiches Jahr war und auf der Basis einer solchen Jahresrechnung mit gutem Gewissen bekräftigt werden kann, dass die Anstalten die gesetzlich vorgesehenen Leistungen in Gegenwart und absehbarer Zukunft problemlos erbringen können. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die liechtensteinischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach wie vor durch anhaltend hohe Lohnsummen dazu beitragen, dass ausreichende Beiträge zur Finanzierung dieser Sozialversicherungsanstalten abgeführt werden.

Der Dank des Verwaltungsrates gilt daher in erster Linie diesen Beitragszahlern. Ebenso ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Anstalten zu danken, dies natürlich unter Einschluss der Direktion und der bis Ende 2009 im Amt befindlich gewesenen Mitglieder des Aufsichtsrates.

Vaduz, 1. April 2010

Liechtensteinische AHV-IV-FAK

Dr. Peter Wolff
Präsident des Verwaltungsrates

Einleitung

> Einleitung

**Sehr geehrter Herr Regierungschef,
Sehr geehrte Frauen und Herren Regierungsräte**

Die AHV-IV-FAK-Anstalten gehören als selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts nicht zur Landesverwaltung im engeren Sinne, nehmen jedoch hoheitliche Aufgaben wahr und sind daher der allgemeinen Staatsverwaltung im weiteren Sinne zuzurechnen. Sie unterstehen der Staatsaufsicht, welche seit 1. Januar 2010 von der Regierung ausgeübt wird.

Die Direktion ist zuständig für die Erstellung des Geschäftsberichts (Jahresbericht und Jahresrechnung).

Die externe Revisionsstelle (welche betreffend das Geschäftsjahr 2009 vom früheren Aufsichtsrat eingesetzt worden war) hat nach Durchführung der Revision ihre Berichte über die Hauptrevision (materielle Rechtsanwendung) und Abschlussrevision (Jahresrechnung) erstellt.

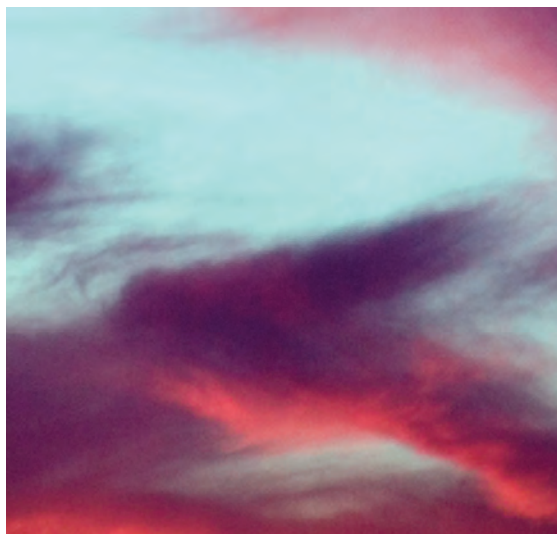
Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 1. April 2010 diese Berichte der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen und den von der Direktion erstellten Jahresbericht sowie die Jahresrechnung genehmigt.

Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften stellen wir nun Antrag auf Genehmigung des Geschäftsberichts 2009 (Jahresbericht und Jahresrechnung) durch die Regierung. Dieser Geschäftsbericht ist anschliessend dem Hohen Landtag zur Kenntnis zu bringen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Hochachtungsvoll

Vaduz, 1. April 2010

Liechtensteinische AHV-IV-FAK

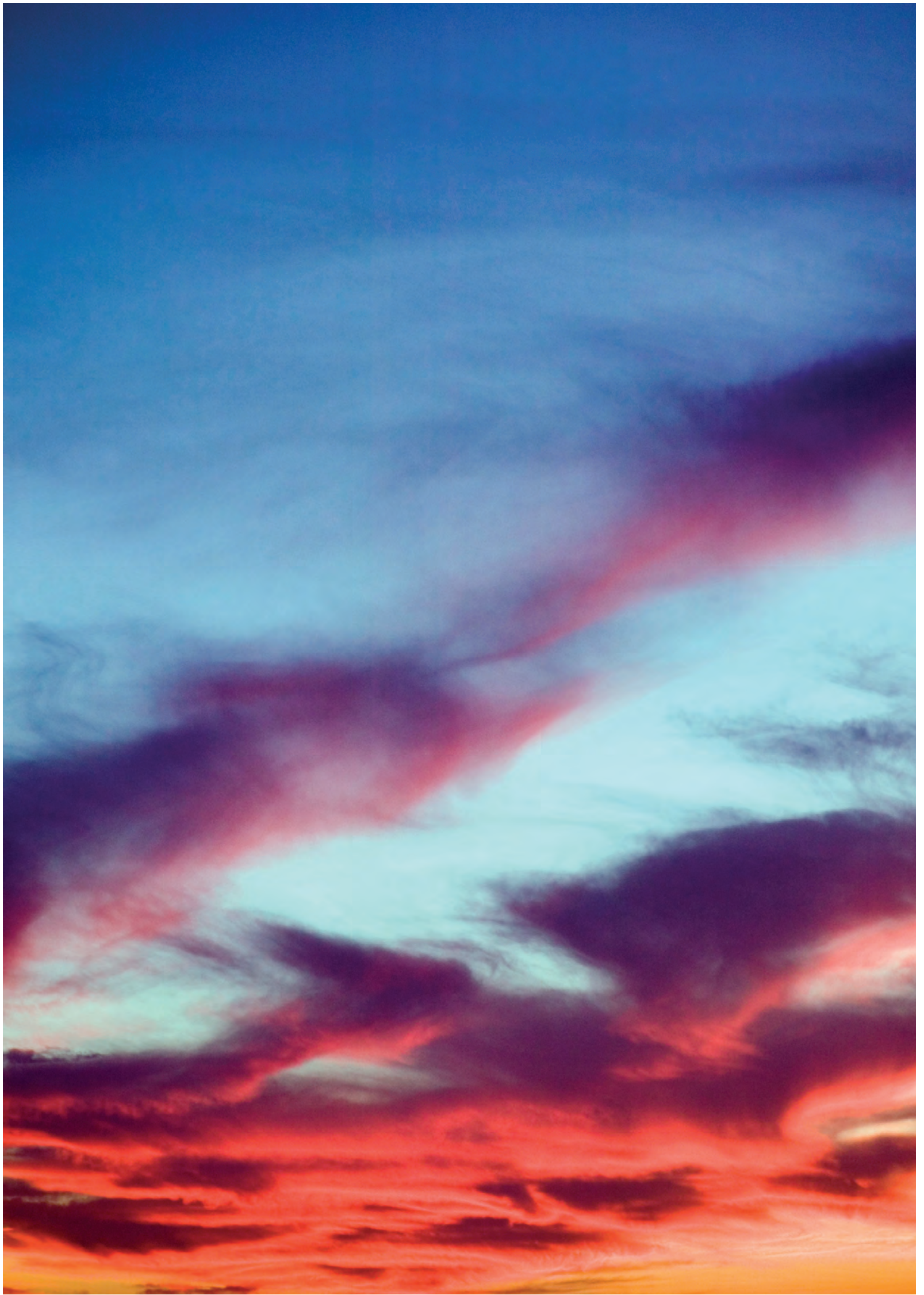


A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Wolff'.

Dr. Peter Wolff
Präsident des Verwaltungsrates

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Walter Kaufmann'.

Walter Kaufmann
Direktor



1 > Ergebnis im Überblick

(in Mio. CHF)

Anmerkung: Dieser Überblick erfasst nur zwei Stellen hinter dem Komma; es können sich daher bei der zweiten Stelle hinter dem Komma Rundungsdifferenzen ergeben.

AHV	2009	2008	+/- %
Beiträge	208.89	198.24	5.37%
Vermögenserträge	233.09	- 185.30	225.79%
Staatsbeitrag	49.67	46.63	6.52%
Einnahmen total	491.65	59.57	725.33%
Ausgaben	- 213.80	- 198.69	7.60%
Gesamtergebnis	277.85	- 139.12	299.72%
Fondsvermögen	2'318.45	2'040.60	13.62%
Fonds = Jahresausgabe mal	10.84	10.27	
IV	2009	2008	+/- %
Beiträge	41.26	39.14	5.42%
Vermögenserträge	0.03	0.10	- 70.00%
Staatsbeitrag	12.38	9.91	24.92%
Einnahmen total	53.67	49.15	9.20%
Ausgaben	- 53.46	- 49.15	8.77%
Gesamtergebnis	0.21	0.00	
Fondsvermögen	2.68	2.48	8.06%
Fonds = Jahresausgabe mal	0.05	0.05	
FAK	2009	2008	+/- %
Beiträge	57.71	54.78	5.35%
Vermögenserträge	9.83	- 10.46	193.98%
Staatsbeitrag	0.00	0.00	
Einnahmen total	67.54	44.32	52.39%
Ausgaben	- 49.41	- 50.17	- 1.51%
Gesamtergebnis	18.13	- 5.85	409.91%
Fondsvermögen	106.95	88.82	20.41%
Fonds = Jahresausgabe mal	2.16	1.77	
Verwaltungskosten	2009	2008	+/- %
Vergütung für übertragene Aufgaben	1.54	1.37	12.41%
Nettoertrag	12.33	10.91	13.02%
Ertrag total	13.87	12.28	12.95%
Aufwand für übertragene Aufgaben	- 1.54	- 1.37	12.41%
Nettoaufwand	- 11.49	- 9.87	16.41%
Aufwand total	- 13.03	- 11.24	15.93%
Gesamtergebnis	0.84	1.04	- 19.23%
Fonds VK-Rechnung	6.36	5.53	15.01%
Fonds = Total-Jahresaufwand mal	0.49	0.49	
Fonds = Netto-Jahresaufwand mal	0.55	0.56	

2.1 Allgemeines

Die AHV-IV-FAK-Anstalten (Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung, Familienausgleichskasse) sind formell drei einzelne Anstalten. Per Gesetz

sind sie jedoch funktionell in Personalunion verbunden und haben identische Organe (im Berichtsjahr: Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und Direktion). Sie unterstanden

im Berichtsjahr der Aufsicht von Landtag und Regierung (ab 1. Januar 2010: Aufsicht durch die Regierung).

2.2 Organigramm (im Berichtsjahr)



2.3 Organe (jeweils im Berichtsjahr)

Verwaltungsrat

Präsident

Dr. Peter Wolff, Rechtsanwalt, Krüzbünt 2, Schaan

Vize-Präsident

Daniel Vogt, Treuhänder eidg. Fachausweis, Finanzerweg 10, Balzers

Mitglieder

Werner Hemmerle, Drescheweg 1, Vaduz

Robert Kaiser, Badäl 37, Gamprin

Dr. Dorothee Laternser, Haldenweg 2, Triesen

Wolfgang Marxer, Oberstädtle 4, Nendeln

Werner Ospelt, Bangarten 14, Vaduz

Ersatzmitglieder

Monika Frick-Hoop, Wingertstrasse 15, Eschen

Lic. rer. pol. Melanie Lampert-Steiger, Im Rossfeld 34, Schaan

Aufsichtsrat

Präsident

Fredy Vogt, dipl. Wirtschaftsprüfer, Fürstenstrasse 13, Balzers

Mitglieder

Jolanda Conditio-Kaiser, Wegacker 4, Mauren

Lic. iur. Susanne Eberle, Präfatell 25, Balzers

Ersatzmitglieder

Waltraud Frohnwieser-Seger, Stelzagass 33, Gamprin

Veronika Sprecher-Marxer, Oberbühl 90, Gamprin

Revisionsstelle

Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfung, Brunnhofweg 37, Bern (die Mandatsleitung wechselte im Berichtsjahr pensionsbedingt von Daniel Halde-
mann zu Patrick Schwaller; Revisionsleiterin ist weiter Beatrice Solida)

Direktion

Direktor

Lic. iur. Walter Kaufmann, Brata 4, Mauren

Stv. Direktoren

Peter Banzer, Bächliweg 8, Triesen

Harald Schädler, Täscherloch 27, Triesenberg



> Organisation

Abteilungsleiter / Stabsstellenleiter

Beiträge und Leistungen

Andreas Jäger, Feldkreuzweg 16, Feldkirch

Direktionssekretariat

Michael Falk, Möliweg 18a, Schaan

Invalidenversicherung

Peter Banzer, Bächliweg 8, Triesen

Rechtsdienst

Lic. iur. Jürgen Seeliger, Deutsche Strasse 13, Trimis

Zentrale Dienste

Harald Schädler, Im Täscherloch 27, Triesenberg

Kurz-Lebensläufe

www.ahv.li (kurze Portraits der jeweils aktuellen Organe)

2.4 Veränderungen im Berichtsjahr

Im Berichtsjahr selbst gab es keine wesentlichen Veränderungen.

Der Verwaltungsrat wurde vom Landtag am 16. Juni 2008 auf vier Jahre gewählt (die Wahl von Robert Kaiser erfolgte am 25. Juni 2008). Aufgrund des per 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Gesetzes über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (ÖUSG) und der damit einhergehenden Änderung der Spezialgesetze (Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversi-

cherung, AHVG; Gesetz über die Invalidenversicherung, IVG; Gesetz über die Familienzulagen, FZG) endete das Mandat der beiden Stellvertreterinnen im Verwaltungsrat (Monika Frick-Hoop und Melanie Lampert-Steiger) am 31. Dezember 2009.

Aufgrund des ÖUSG und der damit einhergehenden Änderung der Spezialgesetze (AHVG, IVG und FZG) endete auch das Mandat des Aufsichtsrates per 31. Dezember 2009. Die vom Aufsichts-

rat eingesetzte Revisionsstelle blieb unverändert. Deren nach 31. Dezember 2009 erstellte Berichte wurden nicht mehr vom Aufsichtsrat behandelt. Neu, ab 1. Januar 2010, wird die Revisionsstelle von der Regierung eingesetzt.

Die Direktion (privatrechtliche Arbeitsverträge) wurde in den Jahren 2006 und 2007 neu bestellt (Wahl durch den Verwaltungsrat, seinerzeit auch mit Bestätigung durch die Regierung).

2.5 Verabschiedungen

Direktion und Belegschaft bedanken sich bei zuvor genannten Organen, deren Mandatsdauer am 31. Dezember 2009 endete (Ersatzverwaltungsrätin Monika Frick-Hoop, Ersatzverwaltungsrätin Melanie Lampert-Steiger, Aufsichtsrätin Jolanda Condito-Kaiser, Aufsichtsrätin Lic. iur. Susanne Eberle, Ersatzaufsichtsrätin Waltraud Frohnwieser-Seger und Ersatzaufsichtsrätin Veronika Sprecher-Marxer).

Besonderer Dank gebührt dem Präsidenten des Aufsichtsrates Fredy Vogt. Er präsidierte dieses Gremium von 2002 bis Ende 2009. In der Ära von **Fredy Vogt** hat der Aufsichtsrat, der naturgemäss stets die Gefahr eines Schattendaseins mit sich bringt, seine ihm gesetzlich zugewiesene Funktion tatsächlich auch ausgeübt und die entsprechende Verantwortung gewissenhaft wahrgenommen. Fredy

Vogt hat es hervorragend verstanden, den Aufsichtsrat richtig zu positionieren und dabei mit grösster Effizienz ohne unnötiges Aufhebens die gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen.

Ebenfalls besonders zu verdanken ist der jahrelange und mit grosser persönlicher Verbundenheit zur AHV im Hintergrund erfolgreich geleistete Einsatz des schweize-

> Organisation

rischen Finanzfachmanns **Kurt Feller**. Er war während seiner langen Karriere sowohl im Privatbankbereich als auch für öffentliche Anleger in leitender Stellung tätig (schweizerischer Ausgleichsfonds). Seine Studie über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Anlagepolitik diente als Grundlage für

weitere Arbeiten einer Kommission, woraus letztlich die von der Regierung erlassene neue Anlageverordnung vom 7. Oktober 1986 entstand. Kurt Feller war von 1986 bis 2009 auch formell Mitglied des Anlagefachausschusses. Seit 2005 erfolgte fliessend eine Übertragung der einzelnen Beratungsaufgaben

an den neu in den Anlagefachausschuss bestellten externen Berater Dr. Andreas Reichlin; diese Phase der Aufgabenübertragung ist mit dem seit längerem geplanten Rücktritt von Kurt Feller abgeschlossen. Kurt Feller ist weiterhin als Berater im Bereich von privaten Family Offices tätig.

3 > Alters- und Hinterlassenenversicherung

3.1 Jahresergebnis

Die AHV schliesst das Berichtsjahr mit einem Gewinn von CHF 277.85 Mio. (Vorjahr: Verlust von CHF 139.12 Mio. unter Berücksichtigung der Auflösung einer als Bewertungsreserve geführten Rückstellung von CHF 160.0 Mio.). Erfreulich ist im Berichtsjahr (nach dem sehr ungünstig verlaufenen Vorjahr) das Ergebnis der Vermögensanlage (vgl. Kap. 8 „Anlagetätigkeit“).

3.2 Änderungen in der Gesetzgebung

Auf den 1. Januar 2009 wurden die Leistungen an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst (Rentenerhöhung).

Durch Verordnungsänderung wurde eine Verbesserung für teilzeiterwerbstätige Grenzgänger eingeführt, um indirekte Diskriminierung zu vermeiden. Sie erhalten durch diese Neuerung auch bei einem Teilzeitpensum 12 Beitragsmonate pro Kalenderjahr. Diese Regelung gilt auch rückwirkend. AHV und IV haben ca. 2'900 Anträge auf Neuberechnung von laufenden Renten erhalten.

Weitere Änderungen in der Gesetzgebung, die im Berichtsjahr vorzubereiten waren, aber erst 2010 oder später in Kraft treten, werden in Kapitel 12 aufgeführt.

Für einen wichtigen Eckwert, die so genannte Mindestrente ist nachstehend die Entwicklung der letzten Jahre aufgelistet. Es handelt sich dabei um die Mindestrente bei lückenloser Beitragsdauer bis zum Eintritt des Versicherungsfalles (Rentenskala 43). Wenn die Beitragsdauer nicht lückenlos ist, so reduziert sich auch die Rente (Rentenskala 1 bis 42). Die effektive Rente ist in den allermeisten Fällen höher als die Mindestrente (bis hin zur Maximalrente, welche das Doppelte der Mindestrente beträgt). Für die Teuerungsanpassung besteht ein gesetzlicher Automatismus.

Mindestrente bei lückenloser Beitragsdauer (in CHF, monatlich, 13 Mal jährlich ausgerichtet)					
	2001/02	2003/04	2005/06	2007/08	2009/2010
Altersrente	1'030	1'055	1'075	1'105	1'140
Verwitwenrente	824	844	860	884	912
Waisenrente	412	422	430	442	456
Kinderrente	412	422	430	442	456

> Alters- und Hinterlassenenversicherung

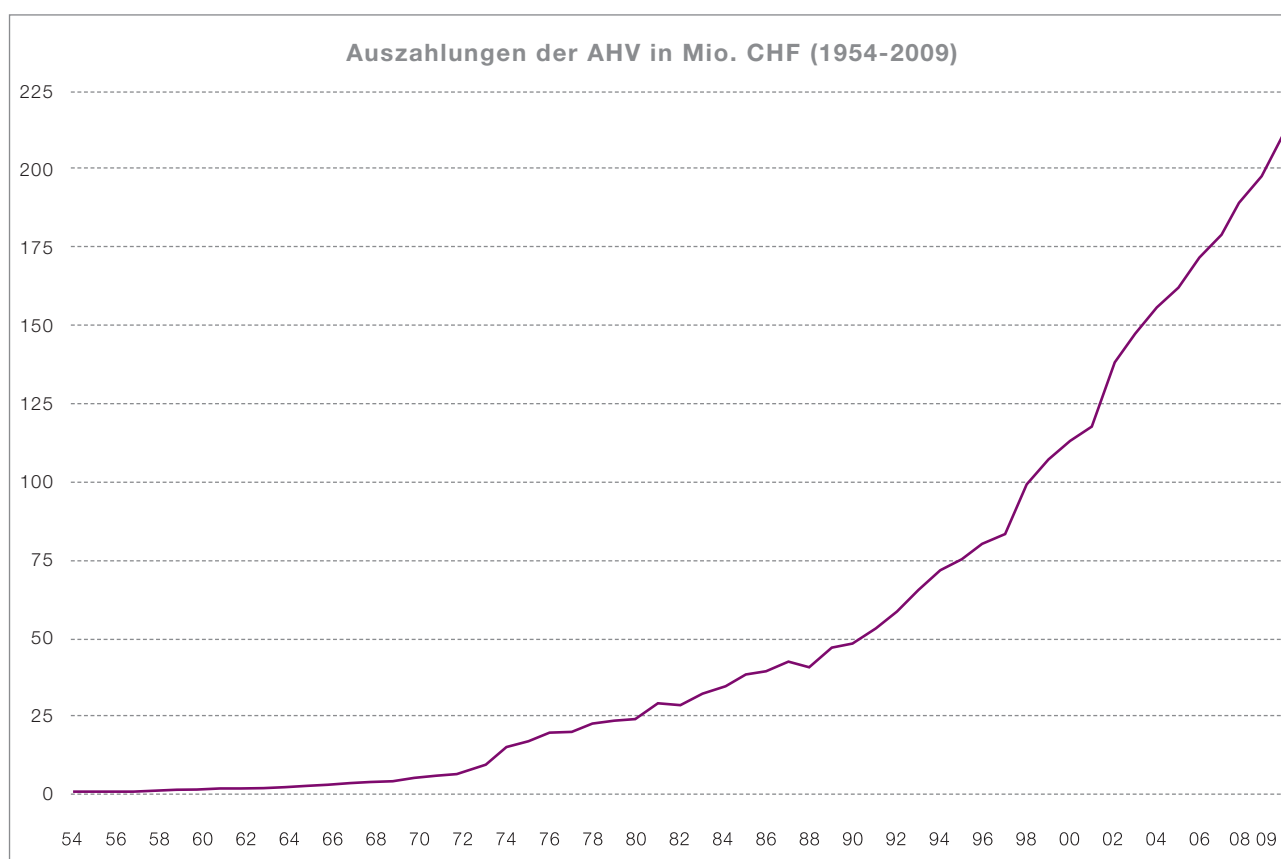
3.3 Statistische Auswertungen

Auszahlungen insgesamt

Bei den Auszahlungen entfallen über 99% auf Renten und ein kleiner Anteil auf Vergütungen für Hilfsmittelkosten (Hörgeräte, Roll-

stühle usw.). Die im Berichtsjahr ausbezahlten Leistungen (unter Berücksichtigung von Renten, Hilfsmitteln, Rückerstattungsforderun-

gen/Verrechnungen) belaufen sich auf CHF 213.80 Mio. (Vorjahr: CHF 198.69 Mio.) Die Entwicklung seit 1954 ist nachstehend dargestellt.



Senkrecht: Auszahlungen der AHV in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1954–2009

Rentenzahlungen

Der Rentenbestand weist die erwartete Entwicklung auf. Der bedeutendste Geschäftsbereich der AHV-IV-FAK-Anstalten, nämlich die Altersrenten, ist geprägt von Volumenwachstum.

Beim Rentenvorbezug ist der Umstand bedeutsam, dass aktuell 7 von 10 Personen den Rentenvorbezug wählen. Im Jahr 2009 gin-

gen 1021 Altersrentenanträge ein (Vorjahr: 949): davon wählten insgesamt 67.8% (Vorjahr 61.5%) den Rentenvorbezug und 32.2% (Vorjahr 38.5%) wählten das ordentliche Rentenalter. Von den insgesamt 692 neuen Vorbezugsrentnern wählten 50.1% (Vorjahr 53.1%) einen Vorbezug um 4 Jahre.

Der grössere Teil der Rentenbe-

zügerinnen und Rentenbezüger wohnt im Ausland. Bei den im Dezember ausgerichteten 16'214 Altersrenten und Verwitwetenrenten wohnten 6'301 Personen bzw. 38.9% (Vorjahr 39.1%) in Liechtenstein und 9'913 Personen bzw. 61.1% (Vorjahr 60.9%) im Ausland. Diese im internationalen Vergleich ungewöhnliche Situation widerspiegelt den liechten-

> Alters- und Hinterlassenenversicherung

steinischen Arbeitsmarkt. Die im Ausland wohnhaften Personen haben jedoch in aller Regel keine lückenlose Versicherungsdau-

er in Liechtenstein, da sie einen Teil ihrer Versicherungskarriere in anderen Staaten haben. Das Total der ins Ausland ausgerichteten

Rentenbeträge ist daher entsprechend tiefer als das Total der Inlandzahlungen.

Rentenbestand						
	2005	2006	2007	2008	2009	Änderung zum Vorjahr
Altersrenten	11'995	12'632	13'416	14'105	14'756	+ 4.6%
Kinderrenten	256	291	168	174	184	+ 5.7%
Zusatzrenten für Ehefrauen	2'171	2'283	2'388	2'450	2'442	- 0.3%
Verwitwetenrenten	1'166	1'233	1'274	1'353	1'458	+ 7.8%
Waisenrenten	365	363	361	356	343	- 3.7%
Total	15'953	16'802	17'607	18'438	19'183	+ 4.0%

Rentenvorbezug						
(Stand der Dezemberzahlung; ohne Kinderrenten, Zusatzrenten, Verwitwetenrenten und Waisenrenten)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Änderung zum Vorjahr
Total Altersrenten	11'995	12'632	13'416	14'105	14'756	+ 4.6%
davon Vorbezugsrenten	3'591	4'096	4'618	5'224	5'825	+ 11.5%
	29.9%	32.4%	34.4%	37.0%	39.5%	

Total der AHV-Rentenzahlungen: geographische Verteilung						
Länder	2005	2006	2007	2008	2009	2009 in Mio. CHF
Liechtenstein	68.8%	68.5%	68.3%	68.0%	67.5%	145.86
Österreich	18.3%	18.4%	18.3%	18.2%	18.2%	39.26
Schweiz	7.9%	8.0%	8.1%	8.4%	8.8%	18.99
Übriges Ausland	5.0%	5.1%	5.3%	5.4%	5.5%	11.98
Total	100.0%	100.0%	100.0%	100%	100%	216.09

3.4 Entwicklung des AHV-Fonds

Ausgaben, Beiträge und Staatsbeitrag haben sich meist kontinuierlich verändert (sprunghafte Änderungen sind in erster Linie auf Gesetzesänderungen zurückzuführen). Kapitalerträge sind

demgegenüber grossen Schwankungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Anlagemärkte unterworfen (nachstehend sind im Unterschied zur Berichterstattung der Vorjahre die früher separat

geführten Bewertungsreserven in den Kapitalerträgen und somit auch im Stand des Fonds inkludiert).



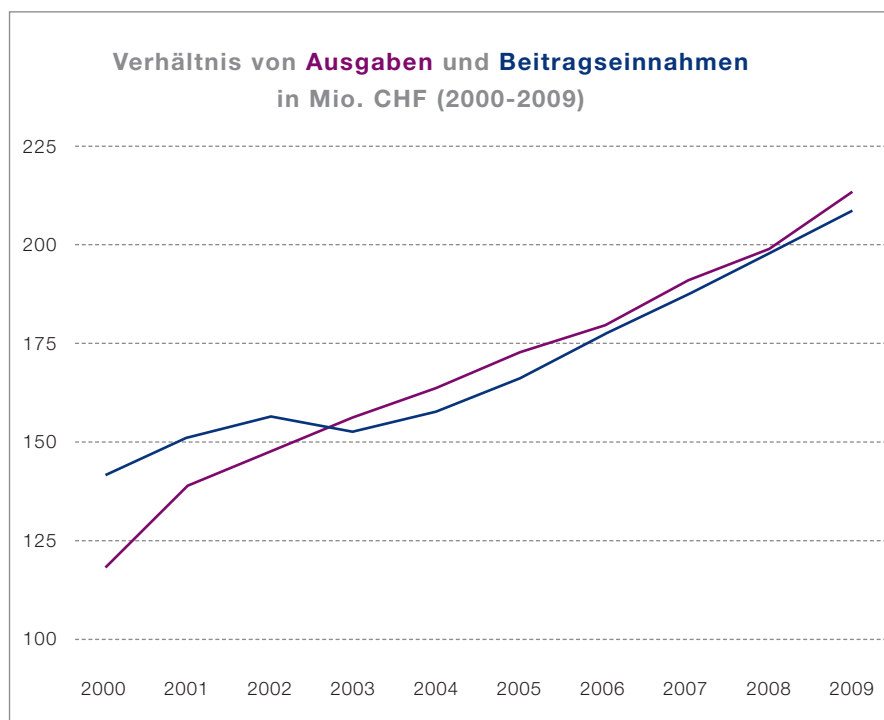
> Alters- und Hinterlassenenversicherung

Entwicklung des AHV-Fonds in Mio. CHF								
Jahr	Ausgaben	Einnahmen				Kapital		
		Beiträge	Staats- beitrag	Kapital- erträge	Total	Jährliche Veränderung	Stand Ende Jahr	Fonds im Verhältnis zu Jahres- ausgabe
1954	0.37	1.15	0.44	0.01	1.60	1.23	1.23	3.32
1955	0.40	1.29	0.44	0.05	1.78	1.38	2.61	6.53
1956	0.45	1.48	0.44	0.08	2.00	1.55	4.16	9.24
1957	0.52	1.67	0.44	0.14	2.25	1.73	5.89	11.33
1958	0.55	1.82	0.44	0.20	2.46	1.91	7.81	14.20
1959	0.59	1.94	0.44	0.22	2.60	2.01	9.82	16.64
1960	0.81	2.27	0.44	0.30	3.01	2.20	12.02	14.84
1961	0.91	2.75	0.44	0.37	3.56	2.65	14.67	16.12
1962	0.98	3.06	0.44	0.44	3.94	2.96	17.64	18.00
1963	1.07	3.37	0.44	0.55	4.36	3.29	20.92	19.55
1964	1.93	3.85	0.44	0.54	4.83	2.90	23.83	12.35
1965	2.13	4.14	0.44	0.69	5.27	3.14	26.97	12.33
1966	2.96	5.00	1.00	0.88	6.88	3.92	30.89	10.44
1967	3.43	5.26	1.00	1.13	7.39	3.96	34.86	10.16
1968	3.80	6.03	1.00	1.34	8.37	4.57	39.44	10.38
1969	5.39	8.08	1.08	1.46	10.62	5.23	44.67	8.29
1970	5.70	9.72	1.14	1.88	12.74	7.04	51.72	11.02
1971	6.56	12.18	1.31	2.23	15.72	9.16	60.88	9.28
1972	7.95	13.37	1.59	2.52	17.48	9.53	70.41	8.86
1973	14.57	23.77	2.92	3.13	29.82	15.25	85.66	5.88
1974	15.78	27.97	3.16	4.06	35.19	19.41	105.07	6.66
1975	19.16	28.21	3.84	5.78	37.83	18.67	123.74	6.46
1976	20.00	29.74	4.00	6.64	40.38	20.38	144.12	7.21
1977	22.02	33.26	4.41	6.93	44.60	22.58	166.64	7.57
1978	23.03	34.41	4.61	7.24	46.26	23.23	189.87	8.24
1979	24.43	38.16	4.89	7.72	50.77	26.34	216.21	8.85
1980	29.27	41.77	5.29	9.72	56.78	27.51	243.71	8.33
1981	27.73	44.44	5.54	13.00	62.98	35.25	279.02	10.07
1982	31.57	48.27	6.31	13.99	68.57	37.00	316.02	10.01
1983	33.67	49.37	6.61	14.55	70.53	36.86	352.88	10.48
1984	38.18	53.02	7.56	15.83	76.41	38.23	391.11	10.24
1985	40.03	56.29	7.95	18.54	82.78	42.75	433.86	10.84
1986	42.88	61.53	8.52	20.44	90.48	47.61	481.47	11.23
1987	40.83	63.86	8.11	11.35	83.32	42.49	523.96	10.38
1988	47.88	71.82	9.57	25.32	106.58	58.70	582.66	12.17
1989	49.41	76.82	9.85	26.16	112.83	63.43	646.09	13.08
1990	54.09	83.02	10.79	11.82	105.64	51.55	697.64	12.90
1991	59.70	88.48	11.88	45.11	145.46	85.77	783.41	13.12
1992	66.51	92.30	13.28	53.26	158.83	92.32	875.73	13.17
1993	72.80	95.86	14.56	50.25	160.67	87.87	963.60	13.24
1994	75.75	98.95	15.23	42.59	156.77	81.02	1'044.63	13.79
1995	80.52	107.15	13.44	49.02	169.61	89.11	1'133.74	14.08
1996	83.55	106.35	15.12	64.34	185.81	102.26	1'236.00	14.79
1997	99.50	111.55	17.96	95.43	224.94	125.44	1'361.44	13.68
1998	107.56	119.42	19.44	79.36	218.22	110.66	1'472.10	13.69
1999	113.17	139.14	20.41	84.73	244.28	131.11	1'603.21	14.16
2000	118.32	141.50	21.45	123.63	286.58	168.26	1'771.47	14.97
2001	138.75	150.95	32.14	- 25.94	157.15	18.40	1'789.87	12.89
2002	147.50	156.69	33.77	- 139.42	51.04	- 96.46	1'693.41	11.48
2003	156.19	153.29	35.50	108.98	297.77	141.58	1'834.99	11.74
2004	163.10	158.01	36.86	58.28	253.15	90.05	1'925.04	11.80
2005	172.27	166.59	38.71	198.66	403.96	231.69	2'156.73	12.51
2006	179.10	177.08	40.18	98.39	315.65	136.55	2'293.28	12.80
2007	190.58	187.35	44.58	5.08	237.01	46.43	2'339.71	12.27
2008	198.69	198.24	46.63	- 345.30	- 100.43	- 299.12	2'040.59	10.27
2009	213.80	208.89	49.67	233.09	491.65	277.86	2'318.45	10.84

> Alters- und Hinterlassenenversicherung

Die nachfolgende Grafik zeigt, dass die AHV sich seit 2003 nicht mehr allein aus Beitragseinnahmen finanzieren konnte. Der bisher tiefste Wert ergab sich im Jah-

re 2005, als 96.7 % der Ausgaben durch Beitragseinnahmen gedeckt waren. Im Berichtsjahr lag dieses Verhältnis bei 97.7 % (im Vorjahr bei 99.8%).



Senkrecht: Beiträge und Leistungen in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 2000-2009



Direktion und Abteilungsleiter: v. l. Jürgen Seeliger (Leiter Rechtsdienst), Peter Banzer (Leiter IV, Stv. Direktor), Walter Kaufmann (Direktor), Harald Schädler (Leiter Zentrale Dienste, Stv. Direktor), Michael Falk (Leiter Direktionssekretariat), Andreas Jäger (Leiter Beiträge und Leistungen)

> Alters- und Hinterlassenenversicherung

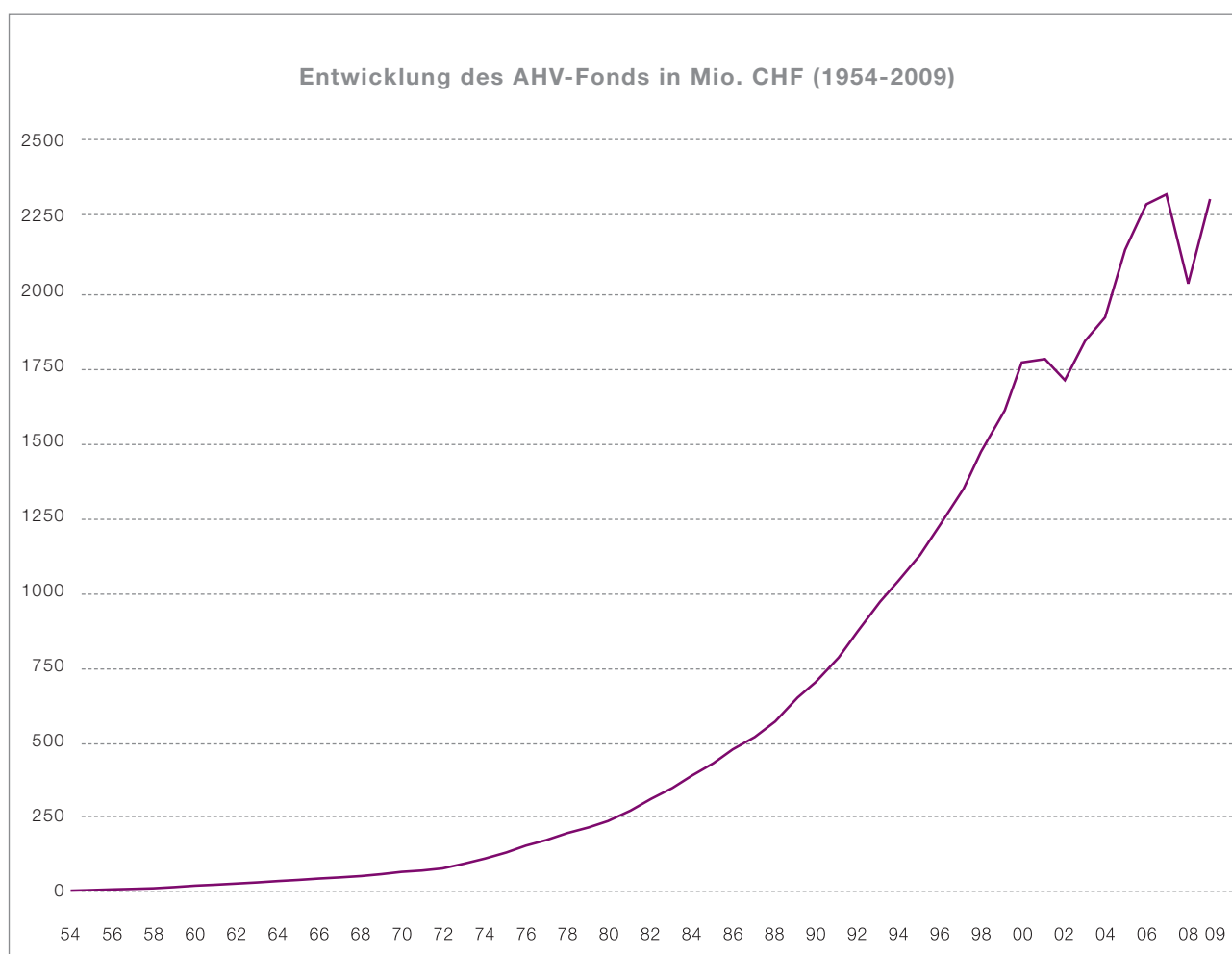
Der aus den allgemeinen Staatsmitteln aufgebraachte Staatsbeitrag wird seit Jahrzehnten in Prozenten der Ausgaben bemessen. Bei hohen Ausgaben wächst somit zwingend auch dieser Teil der Einnahmenseite parallel mit den Ausgaben an. Hinzu kommt auch ein Teil der zweckgebunden verwendeten Einnahmen aus der LSVA-Abgabe.

Vermögenserträge sind demgegenüber Schwankungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Fi-

nanzmärkte unterworfen. 2008 war diesbezüglich das schlechteste Jahr in der Geschichte der AHV. 2009 brachte wiederum eine Erholung. Der Entwicklung des AHV-Fonds kommt weiterhin grosse Bedeutung zu, denn die AHV wird im langfristigen Verlauf zu einem grossen Teil auch aus Vermögenserträgen finanziert. Der Fonds ist also nicht nur in erster Linie als „Reserve“ zu betrachten; viel wichtiger ist die Bedeutung als Finanzierungsquelle (je länger und je mehr der Fonds Vermögenser-

träge erbringen kann, desto weniger müssen andere Finanzierungsquellen bemüht werden).

Der AHV-Fonds beläuft sich per 31. Dezember 2009 auf CHF 2'318.45 Mio. (Vorjahr: CHF 2'040.60 Mio.; jeweils unter Ausserachtlassung der Bewertungsreserve). Die Entwicklung seit 1954 ist nachstehend dargestellt (im Unterschied zur Berichterstattung der Vorjahre sind die früher bestehenden Bewertungsreserven im Stand des Fonds inkludiert).



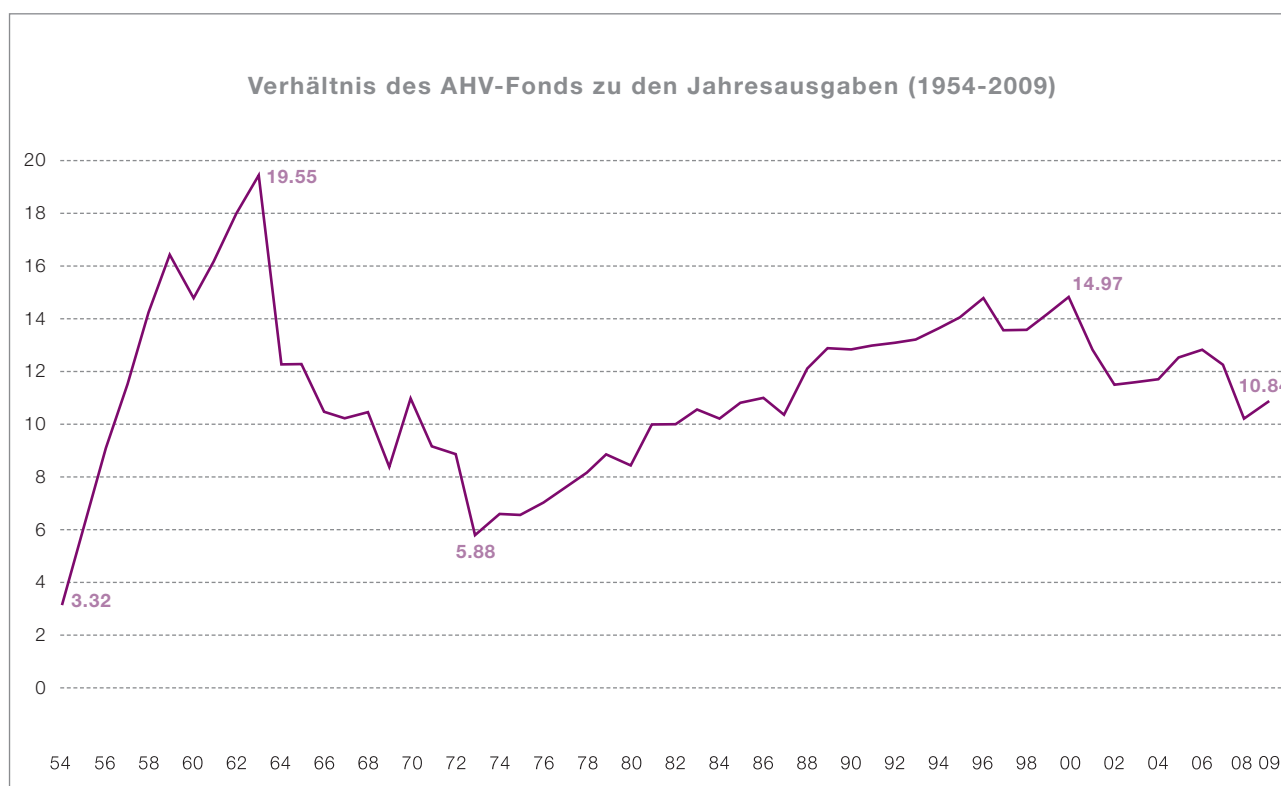
Senkrecht: Entwicklung des AHV-Fonds in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1954–2009

> Alters- und Hinterlassenenversicherung

Im Verlauf der Zeit gab es mehrere Regelungen, welche eine bestimmte Zielgrösse des AHV-Fonds definierten. 1969 wurde verlangt, dass der Fonds während eines 20-jährigen Finanzierungsabschnittes im Durchschnitt mindestens das Zehnfache einer Jahresausgabe zu betragen hat und in keinem Jahr unter den achtfachen Betrag der Jahresausgabe sinken darf. 1973 wurde festgeschrieben, dass der Fonds mindestens das Fünffache und höchstens das Zehnfache einer Jahresausgabe zu betragen. 1982 wurde die heutige Regelung eingeführt, wonach

das Vermögen der Anstalt mindestens das Fünffache einer Jahresausgabe betragen soll.

Die tatsächliche Entwicklung des Fonds im Verhältnis zur jeweiligen Jahresausgabe ist nachstehend seit 1954 grafisch dargestellt. Aktuell entspricht der AHV-Fonds dem Betrag von 10.84 Jahresausgaben (Vorjahr: 10.27 Jahresausgaben; im Unterschied zur Berichterstattung der Vorjahre sind die früher bestehenden Bewertungsreserven im Stand des Fonds inkludiert).



Senkrecht: Fonds im Verhältnis zur Jahresausgabe (z.B. 1996 war der Fonds 14.97 Mal grösser als die Jahresausgabe);
waagrecht: Zeitachse 1954-2009

4.1 Jahresergebnis

Die IV schliesst das Berichtsjahr mit einem kleinen Überschuss von CHF 208'078.55 (im Vorjahr: geringfügiger Überschuss von CHF 1'990.40).

Entscheidend für dieses Ergebnis sind zwei Umstände: zum Einen ist der Aufwand im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (vor allem im Bereich „Kollektive Leistungen“ an Institutionen); zum Anderen besteht eine besondere Regelung hinsichtlich des Staatsbeitrages. Ein steigender Aufwand kann dazu führen, dass der IV-Fonds wächst. Der Staatsbeitrag ist bei der Einführung der IV im Jahre 1960 auf „mindestens die Hälfte der jährlichen Ausgaben“ festgelegt worden. Diese Regelung wurde mehrmals geändert und lautet aktuell (seit 2006), dass der Staatsbeitrag von grundsätzlich 50% des jährlichen Gesamtaufwandes entsprechend dem IV-Betriebsergebnis reduziert wird, um zu verhindern, dass das IV-Vermögen auf über 5% des jährlichen Gesamtaufwandes anwächst.

Der Gesamtaufwand im Berichtsjahr beträgt CHF 53.68 Mio. und ist um CHF 4.16 Mio. höher als im Vorjahr (Vorjahr: CHF 49.52 Mio.). Entsprechend der gesetzlichen Regelung wächst das IV-Vermögen geringfügig um CHF 0.2 Mio. (5% von CHF 4.16 Mio.). Der IV-Fonds entspricht somit CHF 2.68 Mio. (entsprechend 5% des jährlichen Aufwandes von CHF 53.68 Mio.).

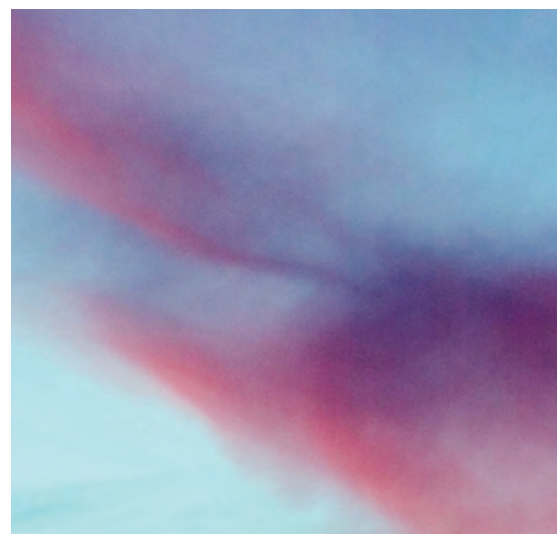
Von der Regelung zur Reduzierung des IV-Staatsbeitrags hat der

Staat auch im Berichtsjahr profitieren können. Der Gesamtaufwand (das Total aus Renten, Eingliederungsmassnahmen, Kollektive Leistungen sowie Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen) liegt bei CHF 53.68 Mio.; wenn der Staatsbeitrag bei CHF 26.84 Mio. (50%) wäre, so würde das IV-Vermögen auf CHF 17.15 Mio. anwachsen: Kapital am Jahresanfang (CHF 2.48 Mio.) zuzüglich Ertrag (CHF 41.51 Mio.; Beiträge, Nachzahlung abgeschriebener Beiträge, Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen, Zinsertrag) zuzüglich Staatsbeitrag (hypothetische CHF 26.84 Mio.) abzüglich Aufwand (CHF 53.68 Mio.). Der Staatsbeitrag reduziert sich jedoch um CHF 14.47 Mio. auf CHF 12.37 Mio.), um das IV-Vermögen mit CHF 2.68 Mio. bei der Grenze von 5% des Gesamtaufwandes zu halten. Der Staatsbeitrag für das Jahr 2009 liegt somit bei 23.05% des Gesamtaufwandes (im Vorjahr: 20.0%).

4.2 Änderungen in der Gesetzgebung

Die für die AHV beschriebene Verbesserung für teilzeiterwerbstätige Grenzgänger (siehe Kap. 3.2) gilt auch für die IV. Ausserdem wurden wie für die AHV auch für die IV auf den 1. Januar 2009 hin die Leistungen an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst.

Für einen wichtigen Eckwert, die so genannte Mindestrente, ist nachstehend die Entwicklung der letz-



> Invalidenversicherung

ten Jahre aufgelistet. Es handelt sich dabei um die Mindestrente bei lückenloser Beitragsdauer bis zum Eintritt des Versicherungsfalles (Rentenskala 43, die im Falle der Invalidität auch erreicht werden kann, wenn nicht 43 Bei-

tragsjahre vorliegen; entscheidend ist, dass bis zum Eintritt der Invalidität keine Beitragslücken vorliegen). Wenn die Beitragsdauer nicht lückenlos ist, so reduziert sich auch die Rente (Rentenskala 1 bis 42). Die effektive Rente ist in

den allermeisten Fällen höher als die Mindestrente (bis hin zur Maximalrente, welche das Doppelte der Mindestrente beträgt). Für die Teuerungsanpassung besteht ein gesetzlicher Automatismus.

Mindestrente bei lückenloser Beitragsdauer (in CHF, monatlich, 13 Mal jährlich ausgerichtet)					
	2001/02	2003/04	2005/06	2007/08	2009/10
Ganze Rente (IV-Grad mind. 67%)	1'030	1'055	1'075	1'105	1'140
Halbe Rente (IV-Grad 50–66%)	515	528	538	553	570
Viertelsrente (IV-Grad 40–49%)	258	264	269	276	285
Kinderrente zu ganzer Rente	515	528	538	442	456
Kinderrente zu halber Rente	258	264	269	221	228
Kinderrente zu Viertelsrente	129	132	135	110	114

4.3 Statistische Auswertungen

Früherfassung

Die Zahl der Anmeldungen lag im Berichtsjahr bei 153 (Vorjahr: 210). Davon waren 61 Selbstanmeldungen und 92 Anmeldungen durch Drittpersonen (Arbeitgeber, Ärzte, Versicherungen). Von den insgesamt 153 Anmeldungen hatten 40 Personen entweder keinen Bedarf oder kein Interesse an einer Früherfassung; bei 3 Personen stand am 31. Dezember des Berichtsjahres die Rückmeldung, ob sie an der Früherfassung teilnehmen wollen, noch aus.

Wichtige Resultate im Berichtsjahr waren 8 Fälle einer Weiterbeschäftigung am bisherigen Arbeitsplatz sowie 1 Fall, in dem es zu beruflichen Massnahmen kam. In 21 Fällen resultierten nach der Früher-

fassung Anträge auf IV-Leistungen (z.B. eben Rentenansprüche). In 16 Fällen resultieren nach der Früherfassung Folgeaufträge an die Case Manager. Die weiteren Fälle hatten unterschiedlichen Ausgang (Arbeitsvermittlung, keine Notwendigkeit weiterer Massnahmen usw.).

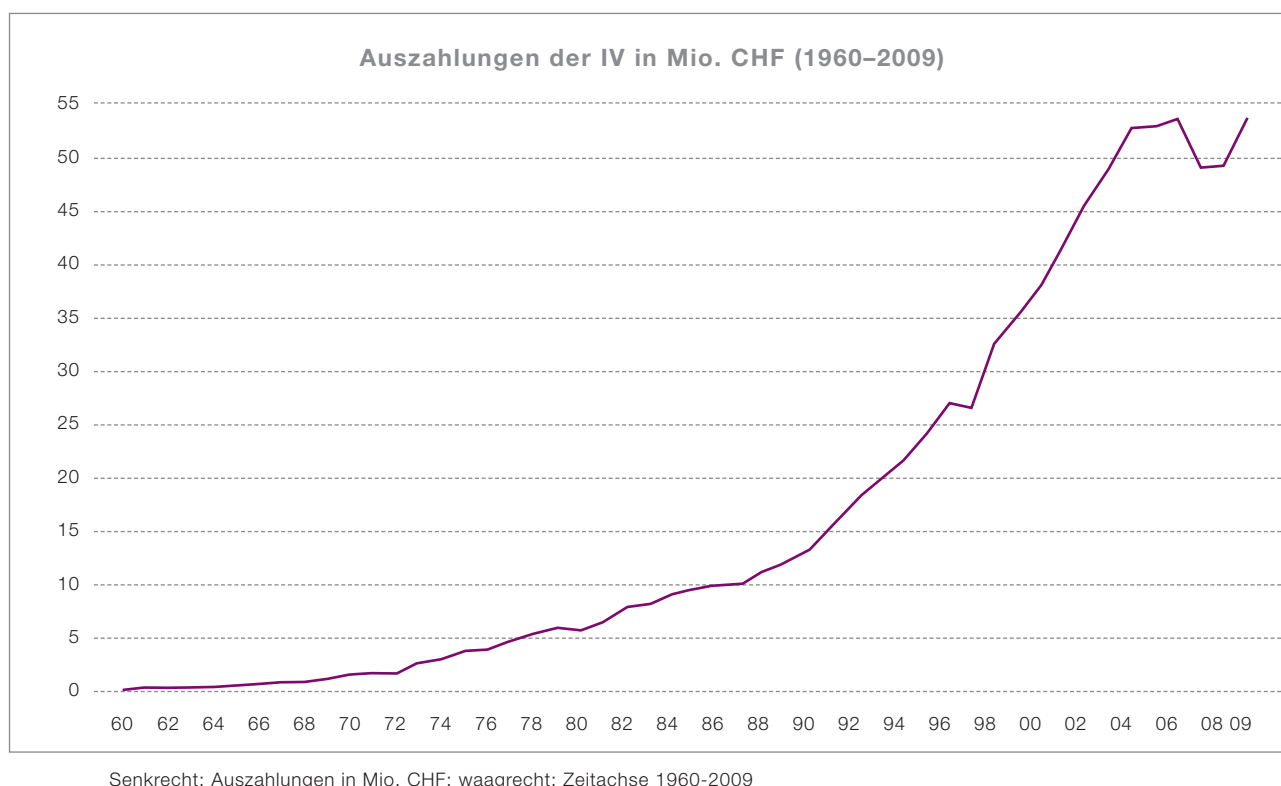
Auszahlungen insgesamt

Bei den Auszahlungen entfällt mit ca. 70.2% der grösste Teil auf Renten (Vorjahr: 74.9%; vgl. die Betriebsrechnung IV, jeweils unter Ausklammerung der Rückerstattungsleistungen und Verrechnungen).

Die im Berichtsjahr ausbezahlten Leistungen (unter Berücksichtigung von Renten, Eingliederungsmassnahmen, kollektiven Leistungen so-

wie Rückerstattungsleistungen/Verrechnungen) belaufen sich auf CHF 53.46 Mio.) (im Vorjahr: CHF 49.15 Mio.). Die Entwicklung seit 1960 ist nachstehend dargestellt.

> Invalidenversicherung



Rentenbestand

Hinsichtlich der verschiedenen Leistungsarten der IV bietet der Rentenbestand die wohl wichtigste Kennziffer (Stand der Dezemberauszahlung).

Die in den Jahren 2007 und 2008 beobachtete Stabilisierung des Rentenbestandes (vgl. Geschäftsbericht 2008, S. 23) hat sich nicht fortgesetzt; die Anzahl IV-

Rentenbezüger hat wieder leicht zugenommen (allerdings ist die Zunahme der IV-Rentner weniger stark als die Zunahme der AHV-Rentner).

	2005	2006	2007	2008	2009	Änderung zum Vorjahr
Ganze Invalidenrenten	1'746	1'753	1'693	1'678	1'699	+ 1.3%
Halbe Invalidenrenten	377	416	447	471	495	+ 5.1%
Viertel Invalidenrenten	64	76	76	81	85	+ 4.9%
Total Stammrenten	2'187	2'245	2'216	2'230	2'279	+ 2.2%
Gewichtete Stammrenten ⁽¹⁾	1'951	1'980	1'936	1'934	1'968	+ 1.8%
Kinderrenten	892	854	718	689	689	0.0%

⁽¹⁾ Gewichtete Stammrente: Viertelsrente wird nur zu ¼ und halbe Rente nur zu ½ gezählt.

Weitere Kennziffern sind nachstehend tabellarisch dargestellt. Um Missverständnisse zu vermeiden, ist zu beachten: die jährliche

Veränderung der Gesamtzahl der Rentner lässt nicht aus der Differenz zwischen Rentenzusprachen und Rentenaberkennungen ab-

leiten (es sind auch weitere Mutationen zu berücksichtigen, wie z. B. der altersbedingte Wechsel von der IV-Rente zur Altersrente,

> Invalidenversicherung

der nicht jedes Jahr gleich hoch ausfällt). Im Berichtsjahr wurden weniger neue Renten zugesprochen (227) als im Vorjahr (285). Das Verhältnis von Zusprachen

(44%) zu Abweisungen (56%) ist leicht höher als im Vorjahr. Rentenaberkennungen (15) gab es im Berichtsjahr weniger häufig als in den Vorjahren. Bemerkenswert ist

ausserdem, dass die Anzahl der Rentenanmeldungen im Vergleich zum Vorjahr eher rückläufig war.

	2005	2006	2007	2008	2009	Änderung zum Vorjahr
Rentenzusprachen bei Neuansprüchen	315 59%	310 55%	235 47%	285 47%	227 44%	– 20.3%
Rentenabweisungen bei Neuansprüchen	217 41%	251 45%	260 53%	321 53%	292 56%	– 9%
Total	532 100%	561 100%	495 100%	606 100%	519 100%	– 14.3%
Beschlüsse zur Heraufsetzung laufender Rentenstufen	33	21	24	26	19	– 27%
Beschlüsse zur Beibehaltung laufender Rentenstufen	516	477	515	526	531	+ 1%
Beschlüsse zur Herabsetzung laufender Rentenstufen	16	31	22	21	22	+ 4.7%
Beschlüsse zur Aberkennung laufender Renten	14	28	32	32	15	– 53.1%

Rentenzahlungen

Im Dezember des Berichtsjahres wurden 2'279 (Vorjahr 2'230) Invalidenrenten ausgerichtet (ohne Kinderrenten, ohne Zusatzrenten für die Ehefrau); dabei wohnten

1'170 Personen bzw. 51.3% in Liechtenstein und 1'109 Personen bzw. 48.7% im Ausland; im Dezember des Vorjahres lag das Verhältnis bei 51.7% und 48.3%. Diese im internationalen Vergleich ungewöhnliche Situation wider-

spiegelt den liechtensteinischen Arbeitsmarkt (die Situation präsentiert sich also in der IV ähnlich wie bei der AHV, ein direkter Vergleich zur AHV sollte jedoch nicht gezogen werden).

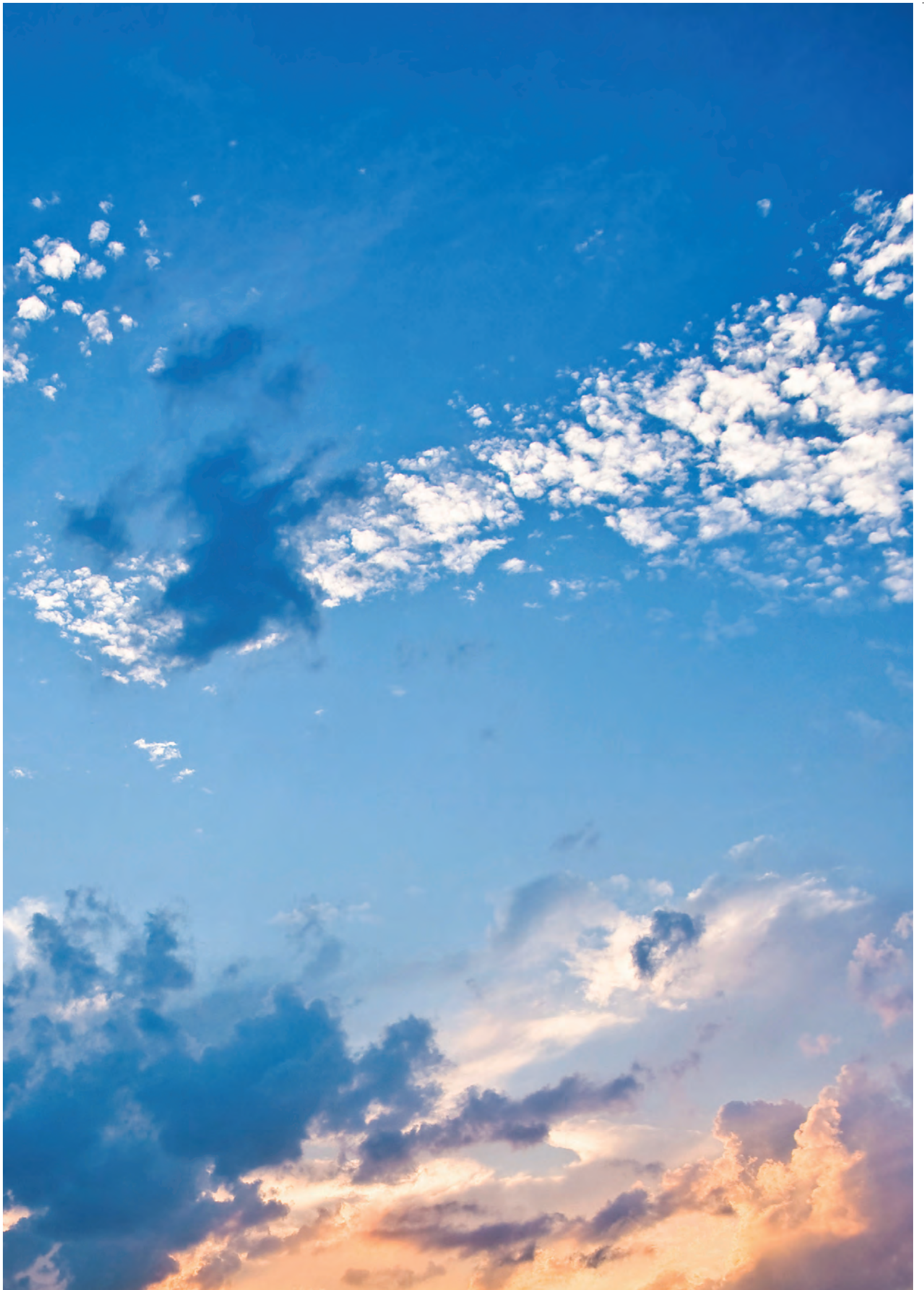
Total der IV-Rentenzahlungen: geographische Verteilung						
Länder	2005	2006	2007	2008	2009	2009 in Mio. CHF
Liechtenstein	75.0%	74.1%	73.5%	73.9%	73.0%	28.30
Österreich	11.1%	11.6%	11.8%	11.5%	10.8%	4.21
Schweiz	9.1%	9.1%	9.4%	9.7%	10.9%	4.21
Übriges Ausland	4.8%	5.2%	5.3%	4.9%	5.3%	2.05
Total	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	38.77

4.4 Entwicklung des IV-Fonds

Wie in Ziff. 4.1 ausgeführt, schliesst die IV das Berichtsjahr

mit einem kleinen Gewinn; der Fonds erhöht sich geringfügig auf

ca. CHF 2.68 Mio. per Ende Berichtsjahr.



5.1 Jahresergebnis

Die FAK schliesst das Berichtsjahr mit einem Gewinn von CHF 18.13 Mio. (Vorjahr: Verlust von CHF 5.85 Mio. unter Berücksichtigung der Auflösung einer als Bewertungsreserve geführten Rückstellung von CHF 3.5 Mio.). Erfreulich ist im Berichtsjahr (nach dem sehr ungünstig verlaufenen Vorjahr) wie auch bei der AHV das Ergebnis der Vermögensanlage (vgl. Kap. 8 „Anlagentätigkeit“).

von Liechtenstein ausgerichteten Differenzausgleich für jene Fälle, in denen vorrangig Österreich oder die Schweiz für die Ausrichtung von Familienzulagen zuständig ist (bei steigenden ausländischen Leistungen und gleichbleibenden liechtensteinischen Leistungen fällt in gemeinsamen Fällen bei nachrangiger liechtensteinischer Zuständigkeit der liechtensteinische Differenzausgleich geringer aus).

5.2 Änderungen in der Gesetzgebung

Die Änderungen in der Gesetzgebung von Österreich (Erhöhung des Kinderabsetzbetrags, KAB, von € 50.90 auf € 58.40 monatlich) und der Schweiz (Kinderzulagen mind. CHF 200.– monatlich und Ausbildungszulagen mind. CHF 250.– monatlich für Kinder über 16 Jahre) haben Auswirkungen auf den

Die Entwicklung der Ansätze für die einzelnen Leistungsarten ist nachstehend für die letzten Jahre aufgelistet (für die Teuerungsanpassung besteht im Unterschied zur AHV und IV kein gesetzlicher Automatismus; die Anpassung wird vom Landtag vorgenommen).

Ansätze der Familienzulagen (in CHF)

Alle Ansätze gelten pro Kind (auch die erhöhte Geburtszulage bei Mehrlingsgeburten). Die erhöhte Kinderzulage kommt zur Ausrichtung: für jedes Kind über 10 Jahren, für jedes Kind bei Zwillingen oder Mehrlingsgeburten, für jedes Kind bei Familien mit drei oder mehr Kindern.

	ab Juli 1994	ab Januar 1997	ab Juli 1999	ab Januar 2001	ab Januar 2007
Geburtszulage	1'700	1'900	<i>dito Vorjahre</i>	2'100	2'300
Erhöhte Geburtszulage	2'200	2'400	<i>dito Vorjahre</i>	2'600	2'800
Kinderzulage	210	230	<i>dito Vorjahre</i>	260	280
Erhöhte Kinderzulage	260	280	<i>dito Vorjahre</i>	310	330
Alleinerziehendenzulage	–	–	70	100	110

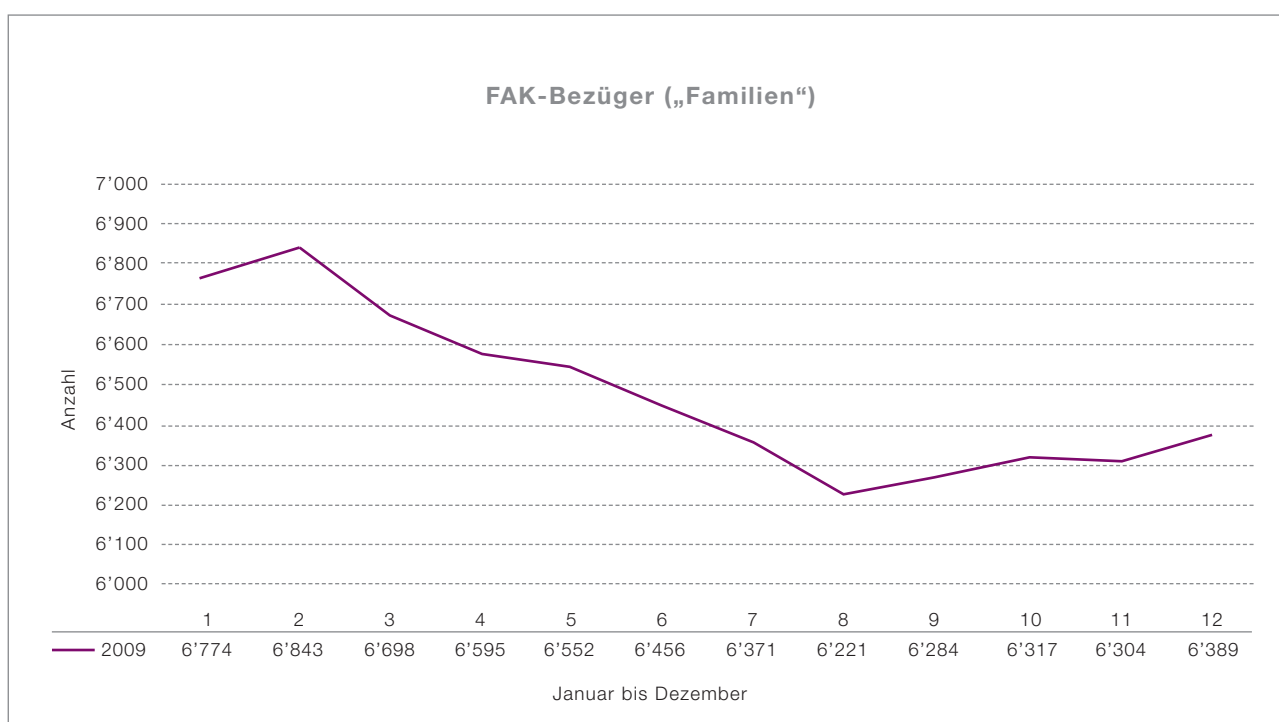
> Familienausgleichskasse

5.3 Statistische Auswertungen

Wie bereits im Vorjahresbericht (S. 26) ausgeführt, ist es im Bereich der FAK schwierig, aussagekräftiges statistisches Material zu erheben. Im Dezember 2009 wies die FAK 6'389 Bezüger auf ihren Auszahlungslisten auf; im Dezember 2008 waren es noch 6'609. Die Anzahl der Bezüger

ist also bei diesem Vergleich zurückgegangen. Die Anzahl der Bezüger ist jedoch im Verlauf des Jahres grossen Schwankungen unterworfen. Jeweils im Frühjahr können die i.d.R. ein Mal jährlich eingereichten Anträge auf Differenzausgleich bearbeitet werden, sodass die Anzahl Bezüger im

Frühjahr steigt; allerdings handelt es sich dabei um Leistungen für die Vergangenheit (die also das Vorjahr betreffen). 2009 verlief diesbezüglich ähnlich wie die Vorjahre: die höchsten Fallzahlen (und Auszahlungen) sind jeweils im ersten Halbjahr.



Weitere Auswertungen sind im Bereich der FAK schwierig. Im Verlauf einer längeren Betrachtungsperiode sind die Zahlen jedoch relativ konstant; die Anzahl der Bezüger (ein Elternteil, der Leistungen bezieht) liegt im Schnitt bei in einer Grössenordnung von ca. 6'500 Personen (davon ca. 60% mit Wohnsitz im Inland und 40% mit Wohnsitz im Ausland).

Ein Umstand ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben: es gibt keine steigende Tendenz. Im Unterschied zur AHV weist die FAK keine kontinuierliche Zunahme an Leistungsbezüger auf; die Zahlen neigen gelegentlich eher zu rückläufigen Tendenzen.

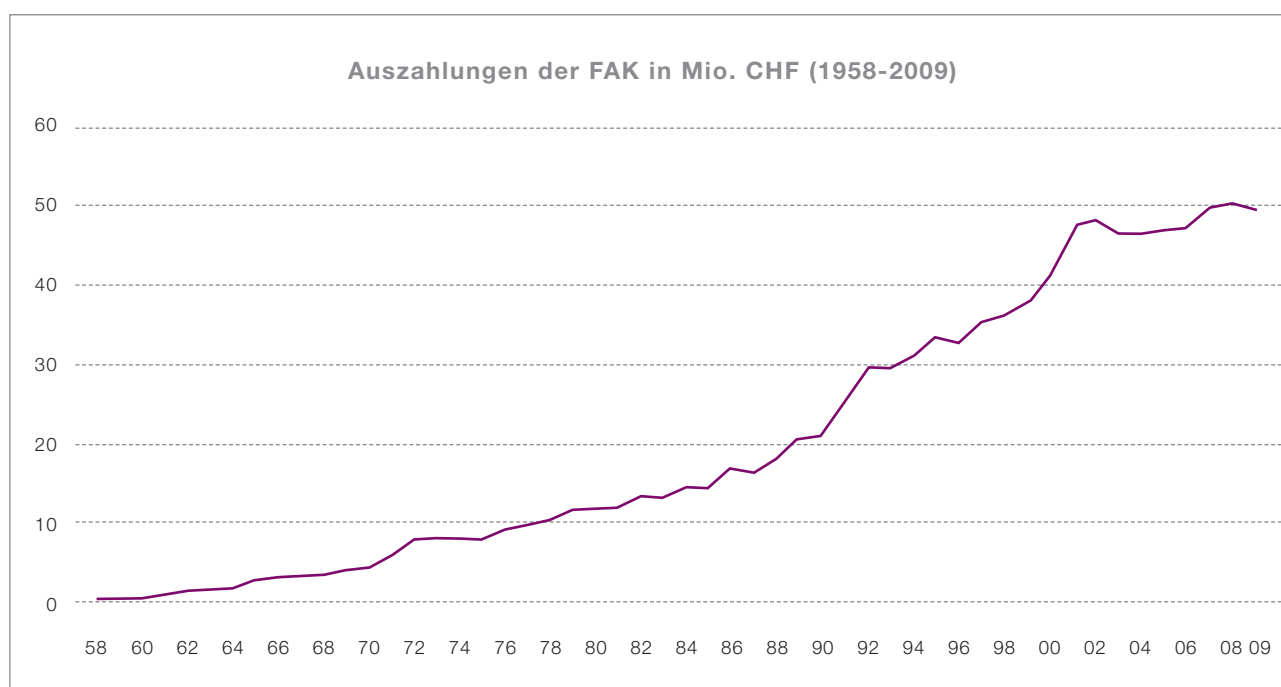
Der grösste Teil der Auszahlungen (ca. 93%) entfällt auf die

monatlichen Kinderzulagen. Der Rest betrifft die zusätzlich monatlich ausgerichteten Alleinerziehendenzulagen und die einmaligen Geburtszulagen. Der Differenzausgleich ist dabei jeweils in den einzelnen drei vorgenannten Leistungsarten integriert. Der Differenzausgleich kommt zur Ausrichtung, wenn bei einem zwischenstaatlichen Sachverhalt

> Familienausgleichskasse

ein ausländischer Staat vorrangig für die Leistungsausrichtung zuständig ist. Sofern in einem solchen Fall Liechtenstein subsidiär zuständig ist, wird liechtensteinerseits nur die Differenz zwi-

schen den tieferen ausländischen und den höheren liechtensteinischen Leistungen ausgerichtet. Das Total der Auszahlungen seit 1958 ist nachstehend grafisch dargestellt.



Senkrecht: Auszahlungen der FAK in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1958–2009

5.4 Entwicklung des FAK-Fonds

Der Fonds hat bei der FAK nicht die gleiche herausragende Bedeutung, wie dies bei der AHV der Fall ist. Dennoch ist auch hier auf eine gesunde Entwicklung Bedacht zu nehmen.

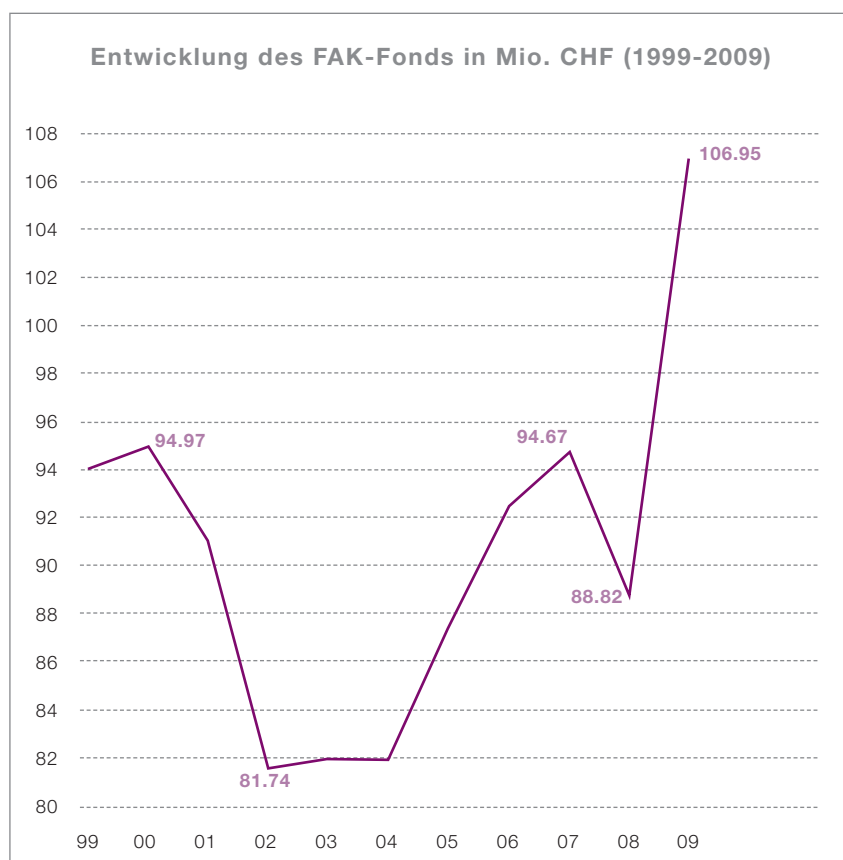
Eine bestimmte Mindestgrösse ist für den FAK-Fonds im Unterschied zum AHV-Fonds nicht vorgesehen. Der Staat würde jedoch das jährliche Defizit der FAK zu tragen haben, wenn der FAK-Fonds we-

niger als eine Jahresausgabe sinken würde. Aktuell entspricht der FAK-Fonds 2.16 Jahresausgaben (Vorjahr: 1.77 Jahresausgaben). Es sollte vermieden werden, dass die FAK langfristig mehr ausgibt, als sie einnimmt; allerdings ist auch eine weitere Äufnung des Fonds nicht vorgesehen. Die Finanzplanung im Bereich der FAK ist nicht so kurzfristig konzipiert wie bei der IV (welche keine Reserven hat), jedoch auch nicht

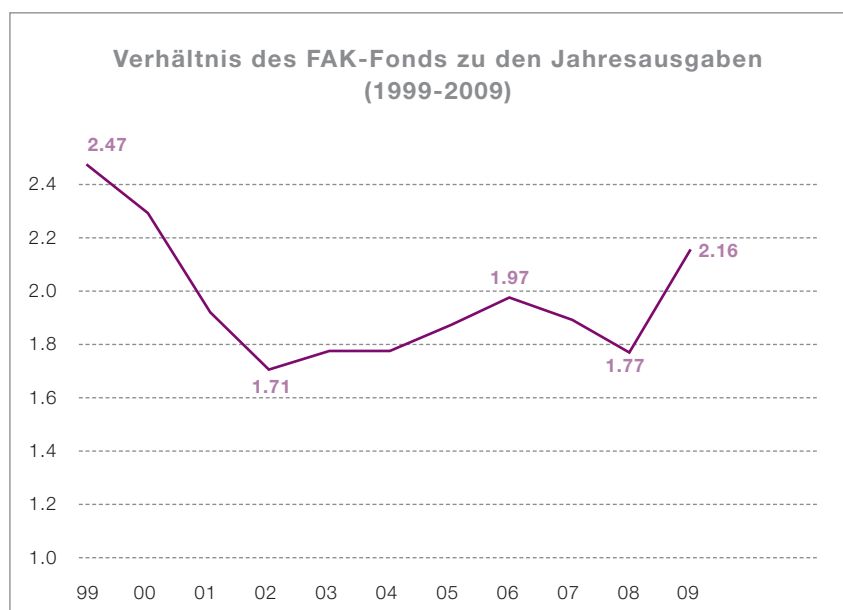
so langfristig wie bei der AHV. In dieser Situation genügt eine Betrachtung der letzten zehn Jahre (nachstehend sind im Unterschied zur Berichterstattung der Vorjahre die früher bestehenden Bewertungsreserven in den Kapitalerträgen und somit auch im Stand des Fonds inkludiert).



> Familienausgleichskasse



Senkrecht: Entwicklung des FAK-Fonds in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1999-2009



Senkrecht: Fonds im Verhältnis zur Jahresausgabe (z.B. 2006 war der Fonds 1.97 Mal grösser als die Jahresausgabe); waagrecht: Zeitachse 1999-2009

6.1 Jahresergebnis

Für die Verwaltungskosten werden gesondert von den AHV-, IV- und FAK-Beiträgen zusätzliche Beiträge erhoben. Diese werden von den Arbeitgebern, den Selbständigerwerbenden und den Nichterwerbstätigen geleistet. Arbeitnehmer entrichten keine Verwaltungskostenbeiträge. Die Verwaltungskostenbeiträge sind ausschliesslich zur Deckung der Verwaltungskosten zu verwenden; darüber ist gesondert Buch zu führen. Die Verwaltungskostenrechnung erzielte im Berichtsjahr einen buchhalterischen Gewinn von CHF 0.84 Mio. (Vorjahr: Überschuss von CHF 1.04 Mio., vgl. Jahresrechnung).

Im Berichtsjahr wurde die Verwaltungskostenrechnung gleich durch mehrere Faktoren beeinflusst: hohe Investitionen in IT-Projekte (die im Folgejahr 2010 kulminieren werden und anschliessend wieder zurückgehen sollten), der weiterhin gesenkte Verwaltungskostenbeitragsatz (Senkung um 10% seit 2008), das in Liechtenstein erzielte, beitragspflichtige Lohnvolumen (5% höher als für das Berichtsjahr budgetiert und um 5% höher als im Vorjahr) sowie vor allem auch die neuen Rechnungslegungs-Richtlinien, die u.a. auch zur Auflösung von Rückstellungen für Frühpensionierungen auf der

einen Seite und zur Bildung von neuen Rückstellungen für Überstunden- und Ferienüberhänge auf der anderen Seite führten. Vor allen wegen der neuen Rechnungslegungsrichtlinien handelt es sich um ein besonderes Jahr; ein Vergleich mit den Vorjahren ist nur bedingt möglich.

6.2 Personelles

Die Anzahl der Stellenprozente (zu 100%) hat im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (um 4.4 Stellen). Der Personalbestand hat um 6 Personen zugenommen.

	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Stellen zu 100% (31.12.)	57.5	58.6	59.5	60.4	64.8	+ 7.3%
Personalbestand total (31.12.)	63	66	65	63	69.0	+ 9.5%
weiblich/männlich (31.12.)	-	-	34/31	31/32	39/30	
Vollzeit (31.12.)	52	48	48	53	57	
Teilzeit (31.12.)	11	14	13	6	8	
Lernende/Praktikanten (31.12.)	4	4	4	4	4	
Durchschnittsalter (31.12.)	38.5	38.4	38.1	37.1	36.3	
Durchschnittliche Dienstjahre (31.12.)	-	8.8	9.1	8.2	8.2	
Eintritte (Berichtsjahr; Anzahl Personen)	5	6	10	24	10	
Austritte (Berichtsjahr; Anzahl Personen)	6	5	8	26	4	

Die meisten Angaben beziehen sich dabei auf den Stichtag „31. Dezember“ des jeweiligen Jahres. Auch zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse, die am Stichtag bestanden und kurz nach Beginn des Folgejahres wegfallen, sind in den einzelnen Jahren jeweils mit berücksichtigt. Beim Durchschnittsalter und der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit am Stichtag werden Lernende, Praktikanten, Aushilfen und in Teilzeit beschäftigte Personen als ganze Einheit mitgerechnet; die Zahl hinter dem Komma entspricht hier im Übrigen nicht Monaten, sondern 1/10 eines Jahres. Die „Ein- und Austritte“ ab 2007 beziehen sich auf das ganze Berichtsjahr; der Beginn einer Lehre oder eines Praktikums wird als Eintritt gezählt (der allfällige Wechsel von einer Lehre in ein festes Anstellungsverhältnis wird somit nicht als neuer Eintritt gezählt); die Beendigung der Lehre ohne Weiterbeschäftigung wird als Austritt gezählt; kurzfristige bzw. aushilfsweise Beschäftigung im Verlauf des Berichtsjahres sowie vorübergehende Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses (Verlängerung der Karenzzeit) werden sowohl als Eintritt als auch als Austritt gezählt; Teilzeit-Pensen werden bei „Eintritte“ bzw. „Austritte“ als ganze Stellen erfasst. Die Zahl der Ein- und Austritte im Berichtsjahr ist im üblichen Rahmen der letzten Jahre. Im Berichtsjahr wurden für ein befristetes Projekt zwei Aushilfskräfte eingestellt, welches im 2011 abgeschlossen sein sollte. Ausserdem waren in der Personalliste zwei Stellen wegen Mutterschaftsurlaub am 31.12.2009 doppelt besetzt.



Dienstjubiläen

Ferdinand Banzer (25 Jahre)
Nicola Dimiccoli-Schreiber (5 Jahre)
Daniel Erni (10 Jahre)
Irene File (5 Jahre)
Heinz Gassner (25 Jahre)
Christa Hornemann (15 Jahre)
Erika Kaiser-Abd el Aziz (10 Jahre)
Rainer Kindle (10 Jahre)
Claude Lacher (10 Jahre)
Thomas Nigg (10 Jahre)
Mary Ospelt (10 Jahre)
Michael Socchi (5 Jahre)
Marion Vogt (5 Jahre)

Lehrabschluss

Patrick Moutaftsidis

Pensionierungen

Ferdinand Banzer (nach über 25
Dienstjahren)

6.3 Einzelheiten aus der Verwaltung

Tagesgeschäft: Die Hauptarbeit der Verwaltung besteht aus dem Tagesgeschäft: Beitragsfestsetzung und -inkasso auf der einen Seite und Leistungsfestsetzung und -ausrichtung auf der anderen Seite. Bei den Leistungen handelt es sich um jeweils ca. CHF 27 Mio. monatlich (im Durchschnitt) an ca. 26'000 Bezüger.

Stellen-Neubesetzungen auf Ka-derstufe: Die Pensionierung von **Ferdinand Banzer** aus Gisingen (Teamleiter des „Document Management Center“ und der Partnerverwaltung) hatte eine wichtige Stellen-Neubesetzung zur Folge. Ferdinand Banzer wurde in seiner Funktion als Teamleiter durch **Markus Allemann** aus Schaanwald abgelöst, der zuvor mehr als 13 Dienstjahre mehr als „rechte

Hand“ des Teamleiters Beiträge fungiert hatte.

EDV-Projekt VISTA: Bei den Arbeiten am EDV-Projekt VISTA (vgl. die Berichte der Vorjahre) konnte ein Teilprojekt mittlerweile bei allen Mitgliedern des IT-Pools, dem auch die Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten angehören (IGS GmbH für Sozialversicherungen), erfolgreich eingeführt werden. In Liechtenstein erfolgte die Umstellung am 3. Juni 2009. Es handelt sich um ein Grundlagenprojekt: Überführung der Kundendaten in das neue System.

Öffentlichkeitsarbeit: Die Öffentlichkeitsarbeit umfasste wie in den Vorjahren breit gestreute Informationen (Merkblätter, Rundschreiben, Internet) und wiederum vier in Va-

duz durchgeführte internationale Sprechstage mit individueller Beratung durch Experten der österreichischen Pensionsversicherung, der deutschen Rentenversicherung sowie der schweizerischen AHV. Die Mitarbeiter der AHV-IV-FAK-Anstalten nahmen selbstverständlich ebenfalls an diesen internationalen Sprechtagen teil und standen ausserdem auch für vergleichbare Anlässe im Ausland zur Verfügung. Sofern es rein um Fragen der liechtensteinischen AHV geht, gehören individuelle Beratungen zum Tagesgeschäft; Rentenberatung erfolgt durch alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des Teams „Renten“ innerhalb der AHV; ein Mitarbeiter ist zum grössten Teil ausschliesslich für den Bereich der Rentenberatung abgestellt, welcher im Be-

> Verwaltung

richtsjahr 1'459 Rentenberatungen durchgeführt hat (Vorjahr 1'303). Darüber hinaus standen die Mitarbeiter auch im Berichtsjahr, wie bereits in den Vorjahren, verschiedenen Verbänden (bspw. der infra, dem Liechtensteiner Seniorenbund und der LAK) und Schulen (Hochschule Liechtenstein) für Referate und Schulungen zur Verfügung und waren auch bei den von der Erwachsenenbildung und der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer durchgeführten Kursen für angehende Senioren im Einsatz.

Stand der Abrechnungspflichtigen: Hier zeigt sich eine erwartete Entwicklung. Die Zahl der einzelnen Abrechnungspflichtigen pro Kategorie lässt jedoch keinen direkten Rückschluss auf das Beitragsvolumen pro Kategorie zu (1954 lag das Verhältnis des Erwerbseinkommens aus unselbstständiger zu selbständiger Tätigkeit bei 74% zu 26%; seit ungefähr 1980 macht das Total des Erwerbseinkommens aus unselbstständiger Tätigkeit weit über 90% aus; im Berichtsjahr: 96.1%).

Stand der Abrechnungspflichtigen per Ende Berichtsjahr						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Nichterwerbstätige	4'366	4'213	4'382	4'449	4'509	+ 1.3%
Arbeitgeber	3'461	3'601	3'736	3'971	4'047	+ 1.9%
Selbständigerwerbende	1'799	1'795	1'895	1'913	1'992	+ 4.1%
Freiwillig Versicherte	85	81	76	73	74	- 1.4%
Total	9'711	9'690	10'089	10'406	10'622	+ 2.1%

Beitragsinkasso: Der Vergleich der letzten fünf Jahre zeigt, dass die Anzahl der Mahnungen und

Pfändungsanträge im Berichtsjahr wieder anstieg.

Mahnungs- und Betreibungswesen						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Mahnungen	6'278	6'415	6'713	6'387	6'621	+ 3.7%
Pfändungsanträge	634	589	564	542	651	+ 20.1%



> Verwaltung

Arbeitgeberkontrollen: In diesem Bereich sind häufiger grosse Schwankungen zu erwarten. Grundsätzlich wäre eine Kontrolle für alle Arbeitgeber alle vier Jahre vorgesehen. Das lässt sich jedoch mit dem gegebenen Personalbestand (200 Stellenprozent für Arbeitgeberkontrolle) nicht bewerkstelligen. Die Anzahl der Kontrollen und auch das

Ergebnis der falsch abgerechneten Lohnsummen hängen aber nicht nur von den dafür eingesetzten Personalressourcen ab. Wichtig sind auch die Grösse und die Zusammensetzung des Kreises der kontrollierten Unternehmen. Bei den vergleichsweise kleinen Verhältnissen Liechtensteins sind daher in diesem Bereich grosse Abweichungen zum

Vorjahr nichts Ungewöhnliches. Hinsichtlich der nun präsentierten Zahlen ist ausserdem zu beachten, dass – wie schon in den früheren Jahren – bei einzelnen Betrieben mehrere einzelne Kontrollen durchgeführt wurden (bspw. wenn der Betrieb mehrere einzelne Geschäftsparten aufweist); es können also Doppelzählungen enthalten sein.

Arbeitgeberkontrollen (zu wenig bzw. zu viel abgerechnete Lohnsumme in Mio. CHF)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Anzahl Kontrollen	311	203	230	204	148	– 27.5%
zu wenig abgerechnet	21.6	7.0	6.0	7.4	7.7	+ 4.1%
zu viel abgerechnet	3.4	2.0	2.3	2.2	1.0	– 54.5%
Total (CHF)	25.0	9.0	8.3	9.6	8.7	– 9.4%

Rechtsmittel: Die Rechtsmittel gegen die verschiedenen Verfügungen der AHV-IV-FAK-Anstalten werden, um einen Trend erkennen zu können, für einen längeren Zeitabschnitt von 10 Jahren aufgeführt. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigt vom Jahr 2002 zum Jahr 2003 einen Sprung von mehr als 100%. In den folgenden vier Jahren haben sich die Rechtsmittel pro Jahr um etwas über 140 eingependelt. Dann kam es im Kalenderjahr 2008 wieder zu einem erheblichen Anstieg von über 20%. Im Berichtsjahr ging die Anzahl etwas zurück. Ob dies der Beginn einer Konsolidierung ist, kann vorläufig noch nicht bestimmt wer-

den. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage ist allerdings eher mit einem Anstieg der Rechtsmittel in den folgenden Jahren zu rechnen. Erfahrungsgemäss steigen die Rechtsmittelfälle aus dem Bereich IV, die 2009 rund 50% der Gesamtzahl der Rechtsmittel ausmachten, wenn die Arbeitsplätze für weniger gut ausgebildete oder ungelernte Personen knapp werden. Im Weiteren ist zu erwarten, dass die Schadenersatzverfahren gegen ehemalige Organe von in Konkurs gegangenen Gesellschaften, welche die Beiträge an die AHV, IV und FAK nicht bezahlt haben, zunehmen. Insbesondere wenn IV-Renten oder ein Schadenersatz-

anspruch gegen ehemalige Organe einer konkursiten Gesellschaft strittig sind, ist in der Regel davon auszugehen, dass das Rechtsmittelverfahren nicht auf Stufe der Verwaltung, sondern erst durch ein Gerichtsurteil in einem kürzeren oder längeren Instanzenweg abgeschlossen werden kann. Nicht erfasst sind in der unten stehenden Tabelle die doch relativ zahlreichen Zwischenverfahren über Gesuche auf Verfahrenshilfe oder Anträge auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung, d.h. der provisorischen Weiterausrichtung der Rente trotz Herabsetzung oder Abkennung einer laufenden Leistung in der angefochtenen Verfügung.

Rechtsmittel											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Anzahl	63	80	68	146	138	146	141	143	175	167	– 4.5%

7 > Verwaltungsrat

Die bedeutendste Aufgabe des Verwaltungsrates lag bisher in der Anlage des Vermögens (diesem Bereich ist im vorliegenden Geschäftsbericht ein eigenes Kapitel gewidmet: „8. Anlagentätigkeit“).

Als Gesamtgremium trat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr zu 8 ordentlichen Sitzungen zusammen (inkl. einer Sondersitzung anlässlich eines Besuches des Heilpädagogischen Zentrums in Schaan). Ausserdem erfolgte ein ganztägiger Workshop im Bereich der Anlagestrategie. Darüber hinaus erfolgten Sitzungen des Präsidiums (die jeweiligen Geschäfte des Verwaltungsrates werden in Zusammenarbeit zwischen dem Präsidium und der Direktion an Sitzungen sowie durch weitere

Kommunikation vorbereitet). Ein Ausschuss des Verwaltungsrates, der Anlagefachausschuss (vgl. dazu Kapitel 8) traf sich zu 4 ordentlichen zweitägigen Besprechungen sowie zu einem weiteren Workshop (auch hier erfolgt die Zusammenarbeit ausserhalb der Sitzungen, bspw. zur Fassung von Zirkularbeschlüssen, durch die übliche Kommunikation via E-Mail oder Telefon).

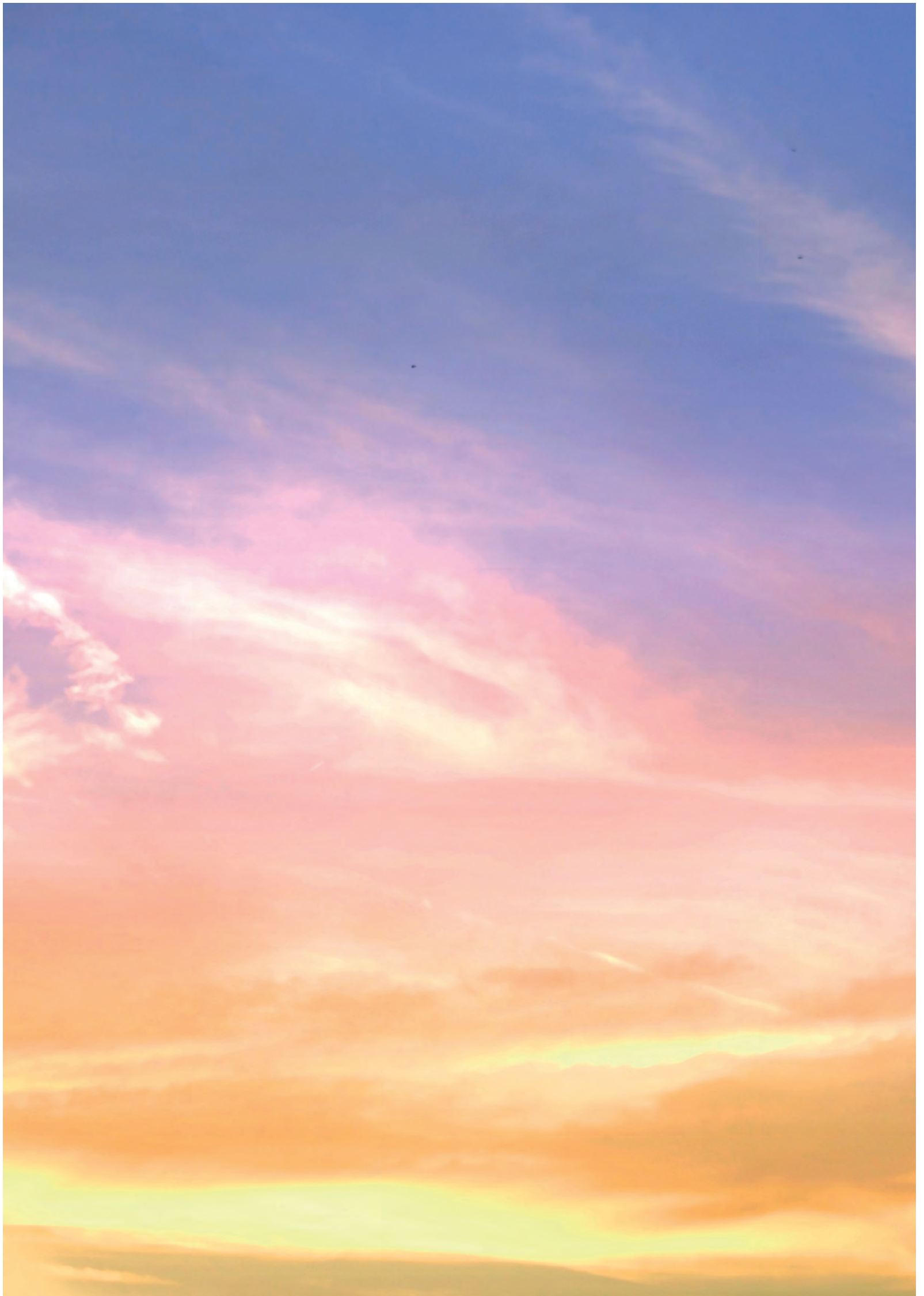
Der Verwaltungsrat behandelte die regelmässig wiederkehrenden Aufgaben: personelle und grundsätzliche organisatorische Entscheidungen, Beschlussfassung über den jährlichen Verwaltungskostenvoranschlag, Entgegennahme des jährlichen Berichts des Aufsichtsrates (sowie Behandlung

der Berichte der externen Revision), Genehmigung des Jahresberichts des Direktors und der Jahresrechnung, Beschlussfassung über finanzielle Beiträge an Institutionen der privaten Invalidenhilfe und eben als wichtigste Aufgabe die Anlage des Vermögens (Wertschriften und Immobilien). An Beschlüssen grösserer Tragweite, die nicht im Jahresrhythmus wiederkehren, sind hervorzuheben: Anpassung des Personal-Reglements im Hinblick auf Anreize zur Ausbildungsförderung, Beschlüsse betreffend das 50. IV-Jubiläum im Jahre 2010, die Einsetzung einer offiziellen Personalvertretung (im Sinne des Mitwirkungs-gesetzes), die Behandlung einer Aufsichtsbeschwerde, die generelle Abklärung der Möglichkeiten und Kosten einer Ausrüstung der verschiedenen überbauten Grundstücke mit Solaranlagen sowie die grundsätzliche Neufassung des Vertrages mit dem externen Anlage-Experten.

Der Verwaltungsrat war ausserdem auch (durch den Präsidenten) in der von der Regierung eingesetzten Arbeits- bzw. Steuerungsgruppe „Langfristige finanzielle Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung“ vertreten. Der Vize-Präsident vertritt den Verwaltungsrat in einer weiteren von der Regierung initiierten Arbeitsgruppe im Bereich der Vermögensanlagen.



Der Verwaltungsrat: v. l. Melanie Lampert-Steiger, Dr. Peter Wolff, Daniel Vogt, Werner Ospelt, Wolfgang Marxer, Monika Frick-Hoop, Robert Kaiser, Dr. Dorothee Latenser, Werner Hemmerle



8.1 Allgemeines

Im Bereich der IV ist eine eigentliche Anlagentätigkeit nicht möglich.

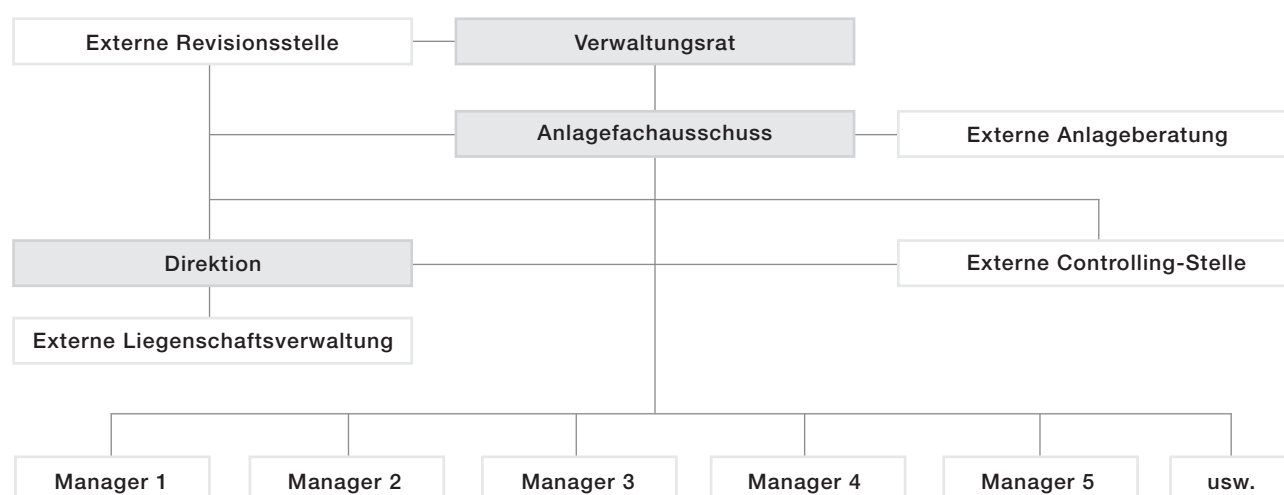
Im Bereich der AHV und FAK schreibt das Gesetz vor, dass bezüglich der Vermögensanlage die Sicherheit und ein genügender Ertrag, eine angemessene Risikoverteilung sowie die Deckung des voraussehbaren Bedarfs an flüssigen Mitteln (für die Auszahlung der Leistungen) gewährleistet sind. Nähere Vorschriften dazu sind in der von der Regierung erlassenen Anlageverordnung enthalten (bspw. die Begrenzung auf einen Aktienanteil von maximal 40%).

Die Anlage des Vermögens ist dem Verwaltungsrat übertragen und gehört zu seinen wichtigsten Aufgaben. Für die Zwecke der Vermögensanlage wird das Anlagekapital von AHV und FAK zu

einem Pool zusammengefasst (Direktanlagen in Immobilien sind davon ausgeklammert; einzig die AHV und nicht auch die FAK ist Eigentümerin von Immobilien). Der Verwaltungsrat operiert mit einem detaillierten Anlagereglement. Er nimmt auch die in der Anlageverordnung vorgesehene Möglichkeit zur Bildung eines Fachausschusses wahr. Dem Anlagefachausschuss gehören der Präsident und der Vizepräsident des Verwaltungsrats sowie ein oder mehrere externe Fachleute an. Der Fachausschuss wiederum operiert auf der Grundlage recht detaillierter Ausführungsbestimmungen.

Der Verwaltungsrat setzt auf Vorschlag des Anlagefachausschusses regelmässig die Anlagestrategie und das Anlagebudget fest. Die taktische Umsetzung dieser Strategie erfolgt letztlich

nicht mehr verwaltungsintern. Bezüglich der grössten Teile des Vermögens werden also verschiedene spezialisierte und ausgewiesene Banken sowie Vermögensverwaltungsinstitute mit der Bewirtschaftung betraut (wie dies in der Anlageverordnung als Möglichkeit vorgesehen ist). Dabei werden für jedes einzelne Mandat (taktische Mandate, indexierte Mandate usw.) die geeigneten Fachleute beauftragt. Eine speziell zu diesem Zweck eingesetzte Controlling-Stelle überwacht die Einhaltung der Vorgaben. Es finden regelmässig Performance-Besprechungen mit den einzelnen Vermögensverwaltern statt. Der Verwaltungsrat greift auch tatsächlich ein, wenn ein Vermögensverwalter längerfristig die Erwartungen nicht erfüllt oder wenn ein Anlage-Segment sich als längerfristig problematisch erweist.





> Anlagetätigkeit

8.2 Berichtsjahr

Entwicklung der Finanzmärkte

Nach einem schwierigen Anlagejahr 2008 konnten die grössten Weltwirtschaften im Jahr 2009 zurück auf den Wachstumspfad finden und die Investoren konnten sich über wesentlich bessere Renditen freuen. Anfang Jahr begannen sich die Kapitalmärkte, für die meisten Beobachter vollkommen überraschend, zu erholen. Der Hauptgrund für diese Erholung waren nicht sprunghaft verbesserte Wirtschaftsaussichten, sondern, dass ein Zusammenbruch des Finanzsystems als zunehmend unwahrscheinlich eingestuft wurde. Dies hatte zur Folge, dass die sehr hohen Entschädigungen für das Risiko, welche die Anleger verlangt hatten, zunehmend sanken und sich die Kurse von Obligationen und Aktien zu erholen begannen. Ein Teil der Verluste aus dem Vorjahr konnte damit wieder ausgeglichen werden.

Die internationalen Aktienmärkte tendierten im Jahr 2009 ausnahmslos positiv: Die Rendite des MSCI All Countries Index wies eine positive Rendite von +31.52% aus. Diese substanzielle Erholung der Aktienmärkte, welche ab März 2009 eingesetzt hat, konnte aber die starken Verluste des Jahres 2008 bislang nicht kompensieren.

Nach dem ereignisreichen Vorjahr war auch das Jahr 2009 geprägt von Bewegungen an den Obligationenmärkten. Im 1. Halbjahr sind insbesondere die kurzfristigen Zinsen stark gesunken, nicht zuletzt

auch durch Interventionen der Notenbanken. Gleichzeitig sind die Risikoaufschläge für Kreditrisiken (Kreditspreads) stark angestiegen, am stärksten bei Schuldnern mit tieferen Bonitätsratings als AA. Im weiteren Verlauf des Jahres sind diese Spreads wieder deutlich gesunken. Per Ende Jahr 2009 sind die Schweizer Zinsen über alle Laufzeiten gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Renditeentwicklungen der Obligationen Fremdwährungen wurden sowohl durch Zins- als auch durch Währungseffekte beeinflusst. Der JP Morgan Government Bond Index hedged in CHF wies eine Rendite von +0.36% aus. Am Schweizer Obligationenmarkt waren die Renditen der Inlandschuldner (SBI Domestic AAA-BBB +4.69%) im Jahr 2009 deutlich tiefer als die Renditen der Auslandschuldner (SBI Foreign AAA-BBB +7.88%).

Die wichtigsten Währungen haben sich im Jahr 2009 gegenüber dem CHF uneinheitlich entwickelt. Der USD (-2.87%) und der YEN (-5.64%) verloren an Wert gegenüber dem CHF. Der EUR veränderte sich um +0.24% und das britische Pfund steigerte seinen Wert gegenüber dem CHF um +9.08%.

Bei den Ergänzungsanlagen kam es insgesamt zu positiven Ergebnissen. Der HFRI Fund of Fund Diversified Index (CHF, hedged) erzielte im Jahr 2009 eine positive Rendite von +11.13%. Dabei wies die Hedge Funds Industrie im Jahr 2009 eines der besten Ergeb-

nisse in der Geschichte der Hedge Funds auf, nachdem im Jahr 2008 das schlechteste Ergebnis seit Einführung der HFRI Indizes resultierte. Auch mit Rohstoffen konnte ein Mehrwert generiert werden. Der währungsgesicherte Goldman Sachs Commodity Index wies eine positive Rendite von +10.97% aus.

Entwicklung des Wertschriften-Portefeuilles (AHV und FAK)

Der FAK-Fonds wird zusammen mit dem Wertschriften-Portefeuille der AHV bewirtschaftet (die AHV, nicht jedoch die FAK, hat zudem noch ausserhalb des Wertschriften-Portefeuilles Direktanlagen in Immobilien in Liechtenstein). Das Ergebnis des Wertschriften-Portefeuilles wird prozentual auf die AHV und die FAK aufgeteilt. Die Performance dieses Portefeuilles erreichte in den letzten Jahren folgende Resultate (jeweils vor Verbuchung von Bewertungsreserven):

2003	+6.93%
2004	+3.44%
2005	+11.09%
2006	+4.84%
2007	+0.23%
2008	-15.45%
2009	+12.33%

Das Wertschriftenportfolio des AHV-FAK-Fonds wies im Jahr 2009 eine erfreuliche absolute Rendite von +12.33% aus. Die Performance lag mit -0.68%-Punkte nur leicht unter der Rendite des Referenzindex von +13.01% (AHV-Index).

> Anlagetätigkeit

Im Vergleich zum Credit Suisse Pensionskassen Index (+10.86%) ist das Anlageresultat im Jahr 2009 als sehr erfreulich zu bezeichnen. Die AHV-FAK hat im Vergleich mit Schweizer Pensionskassen von der Erholung der CHF Auslandschuldner Obligationen sowie des starken Anstieg der Aktienmärkte profitiert.

Durch die Beimischung von Alternativen Anlagen konnte im Jahr 2009 bei der AHV-FAK kein Mehrwert erzielt werden. Dies ist auf die geringe Allokation in den Ergänzungsanlagen sowie einen sich in Liquidation befindenden Fund of Hedge Funds zurückzuführen. Die Alternativen Anlagen werden im Jahr 2010 neu ausgerichtet. Dabei wird die Quote der Rohstoffe erhöht und die Anlagekategorie Hedge Funds eliminiert. Die Anlagestrategie bleibt mit Ausnahme dieser beiden Veränderungen weitgehend bestehen.

Durch den Ausbau der Commodityquote soll die Diversifikation weiter erhöht werden.

Immobilien

Die AHV verfolgt den Grundsatz, Immobilienanlagen als strategische Position zu betrachten; es wird eine langfristige und nachhaltige Wertsteigerung angestrebt. Immobilienanlagen unterstützen somit massgeblich die Sicherheit und Diversifikation der Anlagen.

Anlagen in liechtensteinische Immobilien erfolgen in Form von Direktanlagen. Dabei wird auf eine gute Lage und Vermietbarkeit sowie auf eine marktkonforme Rendite geachtet. Die FAK mit ihrem vergleichsweise kleineren Fonds hat kein Grundstücksvermögen in Liechtenstein. Die AHV mit ihrem entscheidend grösseren Fonds und einem längerfristigen Anlagehorizont ist demgegenüber Eigentü-

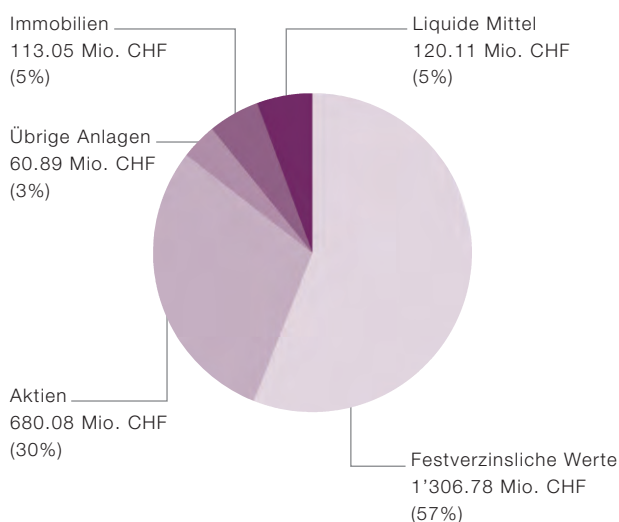
merin verschiedener Grundstücke in Liechtenstein. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Projekte verfolgt, es gab jedoch keine Neuaquisitionen von Grundstücken. Die liechtensteinischen Immobilien werden separat zum Wertschriften-Portefeuille geführt. Der Buchwert dieser Grundstücke liegt bei CHF 113.1 Mio. (im Vorjahr 113.6 Mio.) Dieser Buchwert entspricht jedoch nicht dem Verkehrswert, sondern entsprechend dem Vorsichtsprinzip den Anschaffungs- oder Herstellkosten unter Berücksichtigung linearer jährlicher Abschreibungen von 3% auf dem Gebäudewert.

Bezüglich ausländischer Immobilien lässt das innerstaatliche Recht keine Direktanlagen zu. Hier erfolgen Kollektivanlagen, wie etwa die Beteiligung an Immobilienfonds. Derartige Immobilienfonds befinden sich im Wertschriften-Portefeuille der AHV und der FAK.

Verteilung der Anlagen

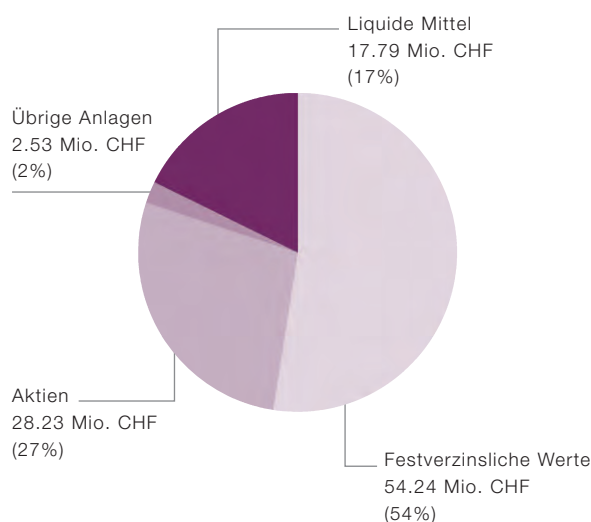
Verteilung der AHV-Anlagen nach Anlagearten

(ohne Kontokorrente)



Verteilung der FAK-Anlagen nach Anlagearten

(ohne Kontokorrente)



9

> Aufsichtsrat



Der Aufsichtsrat befasste sich im Berichtsjahr in einer Sitzung als Gesamtgremium und in mehreren Sitzungen des Präsidiums mit den ihm obliegenden Aufgaben: Entgegennahme der Berichte der externen Revisionsgesellschaft, Überprüfung der Geschäftsführung und Berichterstattung an die Regierung zu Händen des Landtages. Ausserdem hat der Aufsichtsrat im Berichtsjahr die im alten Recht (vor Einführung des Gesetzes über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen, ÖUSG) vorgesehene, mindestens

alle 5 Jahre zu erstellende versicherungstechnische Bilanz in Auftrag gegeben. Das letzte derartige Gutachten datiert aus dem Jahre 2005. Die nächste versicherungstechnische Bilanz wird gegen Ende 2010 vorliegen.

In den Vorjahren hatte der Aufsichtsrat auch die Aufgabe, gestützt auf die Berichte der Revisionsstelle dem Verwaltungsrat über das abgelaufene Geschäftsjahr Bericht zu erstatten. Dieser Bericht diente dem Verwaltungsrat als Grundlage für die Genehmigung

des Jahresberichtes der Direktion und der Jahresrechnung. Zuzufolge der ohne entsprechende Übergangsregelung erfolgten Auflösung des Aufsichtsrates per 31. Dezember 2009 (Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen) entfiel diese Tätigkeit des Aufsichtsrates im 2010. Die Berichte der Revisionsstelle betreffend 2009 gingen im Jahre 2010 daher direkt an den Verwaltungsrat (der diese Berichte aber auch in den Vorjahren zusammen mit dem Bericht des Aufsichtsrates jeweils behandelt hatte).

10

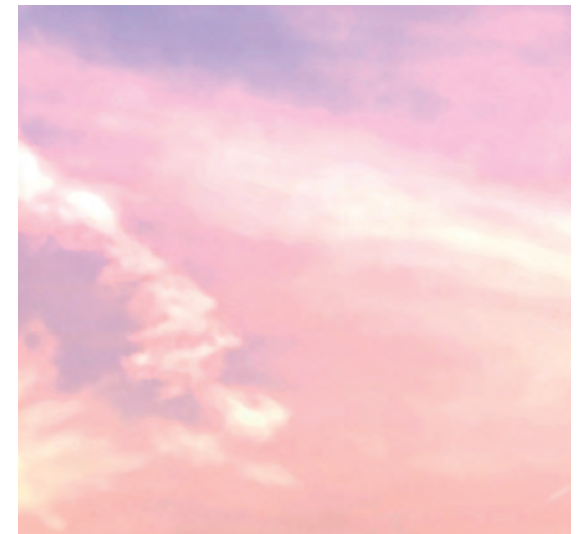
> Übertragene Aufgaben

10.1 Allgemeines

Für die Bereiche AHV, IV und FAK wurde per Gesetz jeweils eine besondere, selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zur Durchführung des jeweiligen Gesetzes gegründet.

Andere Bereiche (Ergänzungsleistungen, Hilfenentschädigungen, besondere medizinische Massnahmen, Blindenbeihilfen) sind in Spezialgesetzen geregelt, ohne dass für die einzelne Leistungsart eine eigene Anstalt gegründet wurde. Diese Leistungen unterscheiden sich von der AHV, IV und FAK unter

anderem dadurch, dass die Finanzierung allein durch die öffentliche Hand und nicht durch Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber erfolgt. Auch diese Aufgaben wurden der AHV bzw. IV zur Durchführung übertragen (die Verwaltungskosten werden vom Staat vergütet). Die externe Revision erfolgt durch die staatliche Finanzkontrolle. Sie stützt sich dabei in Teilbereichen auf entsprechende Revisionsberichte der Ernst & Young AG (wie etwa die besonderen medizinischen Massnahmen, die materiell dem Themenkreis Invalidität zuzuordnen sind).



Neben diesen der AHV bzw. IV gesetzlich übertragenen Aufgaben stehen die AHV-IV-FAK-Anstalten der Regierung auch für weitere Aufgaben zur Verfügung (Redaktion von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen; Vertretung des Landes im Bereich verschiedener zwischenstaatlicher Instrumente bzw. Abkommen über soziale Sicherheit).

> Übertragene Aufgaben

10.2 Ergänzungsleistungen

Der Zweck der wohnsitzgebundenen, einkommens- und vermögensabhängigen Ergänzungsleistungen besteht darin, wirtschaftlich bedürftigen Betagten, Hinterlassenen und Invaliden einen Anspruch auf Ergänzungsleistungen zu sichern, um zusammen mit den Renten der Alters- und Hinterlassenenversicherung bzw. der Invalidenversicherung sowie allfälligen weiteren Einnahmen ein ausrei-

chendes Mindesteinkommen zu ermöglichen. Bei der Berechnung des Anspruchs auf Ergänzungsleistungen werden (vereinfacht ausgedrückt) die gesetzlich anrechenbaren Einnahmen und die gesetzlich anerkannten Ausgaben gegenübergestellt. Sind die Ausgaben grösser, so besteht ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen (im Ausmass der Differenz). Sind die Einnahmen grösser, so besteht

kein Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Bei dieser Berechnungsmethode wird auf der Ausgaben- seite auch ein Pauschalbetrag für allgemeine Lebenshaltungskosten angerechnet. Diese Pauschale, so genannte „Einkommensgrenze“, wird im Rahmen der Teuerung regelmässig angepasst (parallel zur Rentenerhöhung).

Einkommensgrenze (in CHF, Jahrespauschale für allgemeine Lebenshaltungskosten)					
	2001/02	2003/04	2005/06	2007/08	2009/10
für Alleinstehende	17'700	18'130	18'480	18'996	19'608
für Ehepaare	26'550	27'195	27'720	28'494	29'412
für Waisen	8'850	9'065	9'240	9'498	9'804
für 1–2 Kinder pro Kind	8'850	9'065	9'240	9'498	9'804
für 3–4 Kinder pro Kind	5'900	6'043	6'160	6'332	6'536
für 5 oder mehr Kinder pro Kind	2'950	3'022	3'080	3'166	3'268

Die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen, Hilfsmittel und Krankheitskosten werden zu je 50% vom Land und von den Ge-

meinden getragen (die Gemeinden werden nach Massgabe der Einwohnerzahl belastet).

Betrag der ausgerichteten Ergänzungsleistungen (EL, in CHF)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
EL zur AHV	3'977'701	3'891'675	3'938'043	3'890'961	4'216'491	+ 8.4%
EL zur IV	3'393'751	3'080'166	3'200'177	3'615'455	3'954'230	+ 9.4%
HM/KHK*	192'037	199'105	229'366	223'421	251'054	+ 12.4%
Total	7'563'489	7'170'946	7'367'586	7'730'837	8'421'775	+ 8.9%

*HM/KHK = Hilfsmittel/Krankheitskosten



> Übertragene Aufgaben

Bezüglich der Anzahl der Bezüger per Dezember zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg. Es ist weiterhin auch eine grosse Fluktuation zu beo-

bachten, bspw. durch den Tod von Leistungsbezügern und die Entstehung neuer Leistungsfälle. Im Berichtsjahr gingen bspw. 149 Anträge auf Ergänzungsleistungen

ein (Vorjahr: ebenfalls 149); im Berichtsjahr (bis 31. Dezember) mussten 18 Anträge abgelehnt werden (Vorjahr: 28).

Anzahl Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL, per Dezember)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Total EL-Bezüger	610	616	634	647	666	+ 2.9%
davon zur AHV	365	365	367	373	372	- 0.3%
davon zur IV	245	251	267	274	294	+ 7.3%

10.3 Hilflosenentschädigungen

Bei den Hilflosenentschädigungen werden drei Grade von Hilflosigkeit unterschieden: schwere Hilflosigkeit, mittlere Hilflosigkeit,

leichte Hilflosigkeit. Die Beträge werden im Rahmen der Teuerung regelmässig angepasst (parallel zur Rentenerhöhung).

Pauschalbeträge bei Hilflosigkeit (in CHF, monatlich)					
	2001/02	2003/04	2005/06	2007/08	2009/10
Schwere Hilflosigkeit	824	844	860	884	912
Mittlere Hilflosigkeit	618	633	645	663	684
Leichte Hilflosigkeit	412	422	430	442	456

Die Aufwendungen für Hilflosenentschädigungen werden zur Gänze vom Land getragen. Die Höhe

der Leistungen und die Anzahl der Bezüger sind nachstehend tabellarisch dargestellt.

Betrag der ausgerichteten Hilflosenentschädigungen (HE, in CHF)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Aufwendungen	3'587'656	3'680'603	3'558'106	3'469'160	3'719'707	+ 7.2%

> Übertragene Aufgaben

Anzahl Bezüger von Hilflosenentschädigungen (HE, per Dezember)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Total	364	364	360	371	382	+ 3.0%
HE leichten Grades	21	17	22	28	27	- 3.6%
HE mittleren Grades	188	183	168	183	197	+ 7.7%
HE schweren Grades	155	164	170	160	158	- 1.3%

10.4 Besondere medizinische Massnahmen

Es geht hierbei hauptsächlich um Krankheitsbehandlung bei bestimmten Geburtsgebrechen. Gemäss der historischen Entwicklung wird in diesem Bereich nicht die Krankenversicherung als Träger eingesetzt. Die entsprechenden

Aufwendungen werden zur Gänze vom Land getragen. Die Ausgaben in diesem Bereich sowie die Anzahl der Zusprache-Entscheide betreffend medizinische Massnahmen sind nachstehend aufgeführt.

Betrag der Ausgaben für besondere medizinische Massnahmen (in CHF)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Aufwendungen	2'165'584	2'682'368	2'540'215	2'552'834	2'898'588	+ 13.5%

Zusprache-Entscheide betreffend medizinische Massnahmen						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Zusprache-Entscheide	300	293	355	426	390	- 8.5%

10.5 Blindenbeihilfen

Wie bei den Hilflosenentschädigungen werden auch bei den Blindenbeihilfen drei Grade unterschieden: vollblind, praktisch blind, hochgradig sehschwach.

Die Beträge werden im Rahmen der Teuerung regelmässig angepasst (parallel zur Rentenerhöhung).



> Übertragene Aufgaben

Pauschalbeträge bei Blindheit bzw. hochgradiger Sehschwäche (in CHF, monatlich)					
	2002/03	2003/04	2005/06	2007/08	2009/10
für Vollblinde	574	588	600	616	636
für praktisch Blinde	431	441	450	462	477
für hochgradig Sehschwache	287	294	300	308	318

Die Aufwendungen für Blindenbeihilfen gehen zu Lasten des Landes. Die Aufwendungen und

die Anzahl Bezüger sind nachstehend zusammengefasst.

Betrag der Ausgaben für Blindenbeihilfen (BBH, in CHF)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Aufwendungen	214'650	211'932	216'797	219'766	234'338	+ 6.6%

Anzahl Bezüger von Blindenbeihilfen (BBH, per Dezember)						
	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung
Bezüger total	43	43	40	45	46	+ 2.2%
Vollblinde	12	10	9	9	9	0.0%
praktisch Blinde	10	11	11	13	14	+ 7.6%
hochgradig Sehschwache	21	22	20	23	23	0.0%

10.6 Anschlusskontrolle im Bereich der 2. Säule

Im Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge (BPVG) ist der AHV die Anschlusskontrolle bei der betrieblichen Personalvorsorge übertragen. Dabei ist zu prüfen, ob ein Betrieb für seine Mitarbeitenden eine betriebliche Personalvorsorge im Rahmen der 2. Säule eingerichtet hat. Die Einzelheiten sind in der in Zusammenarbeit mit der Finanzmarktaufsicht (FMA) er-

arbeiteten FMA-Richtlinie 2008/1 skizziert. Eine Anschlusskontrolle erfolgt in folgenden Fällen:

- bei Erfassung eines neuen Arbeitgebers durch die AHV (diese Erstkontrolle erfolgte in ca. 250 Fällen),
- im Zeitpunkt der jährlichen Abrechnung der AHV-Beiträge (diese periodische An-

schlusskontrolle erfolgte bei den 4'076 von der AHV versandten Aufforderungen zur Einreichung der jährlichen Lohnabrechnung),

- im Rahmen der Arbeitgeberkontrolle (148 Fälle, vgl. Kap. 6.3).

Positives Jahr für die AHV: Im Vermögensanlagebereich konnten sich die im Vorjahr massiv eingebrochenen Reserven der AHV zu einem guten Teil wieder erholen; die Rendite im Wertschriftenbereich beläuft sich auf sehr erfreuliche 12.33% (negative Rendite im Vorjahr: -15.45%) und liegt weit über der durchschnittlichen, langfristigen Zielrendite, auf welche die Vermögensanlage der AHV ausgerichtet ist. Im Versicherungsbereich ist das Geschäft wie erwartet vom Volumenwachstum geprägt: die wichtige Kennzahl der Altersrenten stieg von 14'105 um 651 (bzw. 4.6%) auf 14'756; die Rentenleistungen sind von CHF 198.42 Mio. um CHF 14.70 Mio. bzw. 7.4% auf CHF 213.10 Mio. gestiegen. Das Gesamtergebnis (Vermögensanlagen, Ausgaben, Beitragseinnahmen, Staatsbeitrag) führt dazu, dass der AHV-Fonds von CHF 2'040.60 Mio. um CHF 277.8 Mio. auf CHF 2'318.45 Mio. angewachsen ist. Das entspricht dem 10.84-fachen einer Jahresausgabe (Vorjahr: 10.27 Jahresausgaben).

Leichter Zuwachs der Zahl der IV-Renten: Die Zahl der Renten nahm von 2'230 um 49 bzw. 2.2% auf 2'279 zu. Diese Entwicklung kommt nicht unerwartet. Veränderungen in diesem Ausmass sind zu gewärtigen. Die Ausgaben der IV sind von CHF 49.15 Mio. um CHF 4.3 Mio. bzw. 8.7% auf CHF 53.46 Mio. angestiegen. Ausschlaggebend waren unter anderem Baubeiträge für den Neubau von Schule/Verwaltungstrakt des Heilpädagogischen Zentrums in Schaan. Die reinen Rentenausgaben sind

demgegenüber nur leicht gewachsenen (CHF 37.09 Mio. im Vorjahr, CHF 37.71 Mio. im Berichtsjahr). Für Renten wurden im Berichtsjahr 70.2% der Ausgaben verwendet (Vorjahr: 74.9%). Die übrigen Ausgaben betreffen Früherfassung, Eingliederungsmassnahmen und kollektive Leistungen (hier im Berichtsjahr unter anderem grössere Zahlungen an private Behinderten-Organisationen). Der IV-Fonds beläuft sich per Ende Berichtsjahr auf CHF 2.68 Mio. (Vorjahr: CHF 2.48 Mio.) Das entspricht der gesetzlichen Obergrenze des IV-Fonds (5% der jährlichen Aufwendungen bzw. 0.05 Jahresausgaben).

Günstige Entwicklung bei der FAK: Im Leistungsbereich sind die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr von CHF 50.17 Mio. um CHF 0.76 Mio. bzw. 1.51% auf CHF 49.41 Mio. gesunken. Wie bei der AHV war auch bei der FAK das Jahr 2009 wegen des guten Anlageergebnisses sehr erfreulich. Der FAK-Fonds ist von CHF 88.82 Mio. um CHF 18.13 Mio. auf CHF 106.95 Mio. angewachsen. Damit ist das 2.16-fache einer Jahresausgabe gedeckt (Vorjahr: 1.77 Jahresausgaben).

Buchhalterischer Gewinn in der Verwaltungskostenrechnung: Die separat von AHV, IV und FAK geführte Verwaltungskostenrechnung verzeichnete einen Gewinn von CHF 0.84 Mio. (Vorjahr: Gewinn von CHF 1.04 Mio.); dabei wurden Rückstellungen für Überstunden- und Ferienüberhänge gebildet (CHF 0.36 Mio.) und andere Rückstellungen für Frühpen-

sionierungen um CHF 1.09 Mio. reduziert. Durch den buchhalterischen Gewinn erhöhte sich das Kapital auf CHF 6.36 Mio. Das entspricht 0.49 des Brutto-Jahresaufwands (Vorjahr: ebenfalls 0.49 des Brutto-Jahresaufwands).

Neuerungen für die Verwaltungstätigkeit: Für die Verwaltung war das Berichtsjahr geprägt von Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des Betreuungs- und Pflegegeldes per 1. Januar 2010, den Vorbereitungsarbeiten zur Umverteilung der CO₂-Abgabe, Vorbereitung eines Qualitätsmanagement-Systems und einer Sonderaktion im Bereich der Renten (aufgrund der Neuregelung betreffend teilzeiterwerbstätige Grenzgänger wurden ca. 2'900 Stamm- und Zusatzrenten manuell überprüft; bei voraussichtlich ca. 600 Stammrenten kommt es zu einer Rentenerhöhung).



Unsere Aufgabe

Im Berichtsjahr 2009 erfolgte die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags, darunter die Ausrichtung von durchschnittlich über CHF 27 Mio. monatlich (sämtliche Leistungen) an ca. 26'000 Kunden reibungslos (als Kunden auf der Leistungsseite gerechnet werden per Stand Ende 2009: 14'756 Altersrentner, 1'458 Witwen- und Witwerrenten, 2'279 IV-Renten, 6'389 Familienzulagenbezüger, 666 Ergänzungsleistungsbezüger und 382 Bezüger von Hilflosenentschädigungen; ausser Acht gelassen werden bei der Zählung Kinderrenten, Zusatzrenten für die Ehefrau, Waisenrenten, Blindenbeihilfen, Taggeld usw.).

Zum gesetzlichen Auftrag gehört auch der gute Verkehr mit den Abrechnungspflichtigen. Der Stand per Ende 2009: total ca. 10'600 Abrechnungspflichtige, davon ca. 4'000 Arbeitgeber (mit entsprechend vielen Arbeitnehmern), ca. 2'000 Selbständigerwerbende, ca. 4'500 Nichterwerbstätige und 74 freiwillig Versicherte.

Die Verwaltungskosten (3.9% des Totals aller ausgerichteten Leistungen) bewegen sich im Rahmen der Vorjahre.

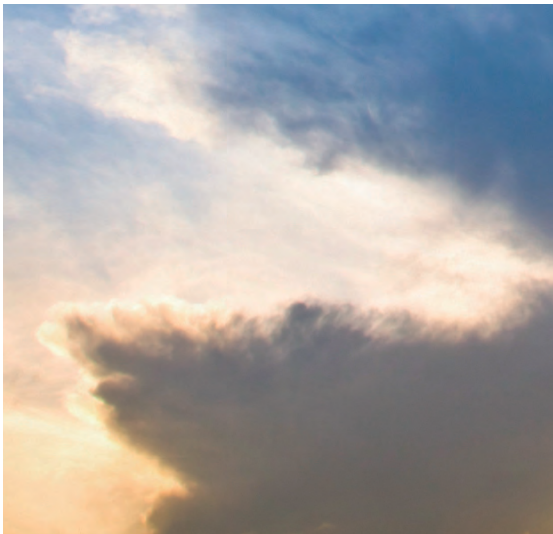
Im laufenden Jahr 2010 sind neu eingeführte, zusätzliche gesetzliche Aufgaben zu erfüllen: Ausrichtung des Betreuungs- und Pflegegeldes, Umverteilung der CO₂-Abgaben an die Arbeitgeber. Das Ziel besteht darin, diese neuen Aufgaben erfolgreich umzusetzen.

Für die Folgejahre zeichnen sich weitere Aufgaben ab bzw. stehen in Diskussion: Ablösung des zwischenstaatlichen EWR-Instruments (Abkommen) „Verordnung 1408/71“ durch die „Verordnung 883/04“ sowie der entsprechenden Durchführungsverordnung (verbunden mit der Einführung eines elektronischen Datenaustausches zwischen den EWR-Mitgliedstaaten); Umsetzung von Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit dem in Diskussion stehenden Partnerschaftsgesetz; allfällige Übernahme des ALV-Beitragsinkassos durch die AHV. Das Ziel besteht darin, diese kommenden Aufgaben gut vorzubereiten.

Unsere Verantwortung

Im Berichtsjahr hatten die AHV-IV-FAK-Anstalten mehrfach Gelegenheit, auf die gemeinsame Verantwortung für langfristige finanzielle Sicherheit der AHV hinzuweisen. Es bestehen schon seit Jahren verschiedene von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppen, in denen die AHV-IV-FAK-Anstalten mitwirken konnten. Ausserdem haben die AHV-IV-FAK-Anstalten im Berichtsjahr ein versicherungsmathematisches Gutachten in Auftrag gegeben, das die mittel- und längerfristige Entwicklung erhellen soll.

Die langfristige finanzielle Sicherheit der AHV wird ein wichtiges Thema bleiben (insbesondere im Zusammenhang mit dem Staats-



> Aktuelle Entwicklungen und Ausblick

beitrag an die AHV). Die AHV-IV-FAK-Anstalten machen es sich zur Aufgabe, die zuständigen Instanzen bei ihren Entscheidungen über die verantwortungsvolle Beschaffung und Verteilung der Geldmittel zu unterstützen und sich in der Rolle als Experten aktiv am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen. Als reines Durchführungsorgan können die AHV-IV-FAK-Anstalten die Entwicklung jedoch nicht selbst steuern, sondern lediglich ihr Fachwissen einbringen. Die Verantwortung liegt in diesem Bereich bei der Politik. Das Ziel der AHV-IV-FAK-Anstalten liegt hier darin, erkennen zu können (u.a. auf der Basis des erwähnten Gutachtens), ob im Bereich „finanzielle Sicherheit der AHV“ bereits in den unmittelbar folgenden Jahren Handlungsbedarf besteht.

Unsere Kundenbeziehungen

Eine systematische Befragung über die Kundenzufriedenheit hat in der Vergangenheit nicht stattgefunden. Die AHV-IV-FAK-Anstalten haben sich bisher auf informelle Rückmeldungen verlassen und diese, wenn sie entsprechend bedeutsam waren, informell aufgearbeitet. So wurden bspw. aufgrund einer Kundenreklamation einzelne veraltete Korrespondenzvorlagen (Mahnschreiben) den heute üblichen Gepflogenheiten angepasst. Vorbeugend wurden ausserdem parallel zur Einführung einer neuen Telefonanlage durch entsprechende Instruktion der Mitarbeitenden auch Massnahmen getroffen, um die telefonische Erreichbarkeit zu verbessern.

Ebenfalls zur Verbesserung der Kundenbeziehungen gehört die (auf Anregung des Behindertenverbandes) erfolgte Verbesserung des behindertengerechten Zugangs (im Wesentlichen: Verlagerung des Behinderten-Parkplatzes näher zum Eingang, Schaffung eines Behindertenparkplatzes in der Tiefgarage, Installation von motorgetriebenen Türöffnern im Zugang in der Tiefgarage). In diesem Zusammenhang wurden in der Tiefgarage auch sämtliche Kundenparkplätze direkt zum Eingangsbereich verlagert (beim Bau des Gebäudes war in der Tiefgarage für die Kundschaft kein direkter Zugang zum Gebäude vorgesehen).

Im Weiteren wurden per 2010 auf der Homepage der AHV-IV-FAK-Anstalten (www.ahv.li) systematisch überholte Informationen entfernt bzw. die Inhalte auf den neusten Stand gebracht. Neu eingefügt wurde auch ein Pressespiegel. Die Homepage ist mit dem Label „Access for all“ (Stufe AA) als barrierefrei zugängliche Website zertifiziert.

Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgte im Rahmen der Vorjahre: Merkblätter, Rundschreiben, vier in Vaduz durchgeführte internationale Sprechstage (mit Experten aus der Schweiz, aus Österreich und Deutschland), Vorträge bei mehreren Verbänden. Besonders rege genutzt wurde das Angebot der Beratung (im Wesentlichen die Rentenberechnung für verschiedene Zeitpunkte des Rentenvorbezugs): 1'459 Rentenberatungen (Vorjahr 1'303).

Für das laufende Jahr 2010 ist vorgesehen, die wichtigsten Anliegen der Kundschaft systematischer als bisher durch die Mitarbeitenden erfassen zu lassen, um einen allfälligen Handlungsbedarf im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) erkennen zu können. Für 2011 ist ausserdem geplant, eine formelle Befragung über die Kundenzufriedenheit (in einem ausgewählten Kernbereich) vorzubereiten.

Die IV hat Gelegenheit, die „Trilogie“ bestehend aus „50 Jahre AHV“ (im Jahre 2004), „50 Jahre FAK“ (im Jahre 2008) mit dem weiteren Jubiläum „50 Jahre IV“ (im Jahre 2010) abzuschliessen. Das Ziel ist hierbei eine erfolgreiche Einbindung der Behindertenorganisationen in das Jubiläumsjahr.

Unsere Organisation

Im Berichtsjahr wurden die relativ aufwändigen Vorbereitungen zur Einführung eines Qualitäts-Management-Systems (QMS) entscheidend vorangebracht. Das Ziel für 2010 sind die Einführung eines QMS und dessen anschließende Optimierung (unter anderem auch die Erfassung verschiedener Erfolgskenngrössen, EKG, wie bspw. die systematische Erfassung der Bearbeitungsdauer in IV-Rentenverfahren). Wichtiger Aspekt des QMS ist die fortlaufende Erfassung der verschiedenen Hilfsmittel (definierte Praxis, Checklisten usw.), um gestützt auf die laufende Prüfung und Verbesserung dieser Hilfsmittel die wichtigsten Prozesse besser zu

> Aktuelle Entwicklungen und Ausblick

steuern und kontinuierlich zu verbessern. Darauf aufbauend sind anschliessend (ab 2011) auch Vorbereitungen für eine Systematisierung des Internen Kontrollsystems (IKS) geplant.

Die Jahre 2010 und 2011 dürften im Weiteren geprägt sein von der Umsetzung der Regelwerke, die aus dem ab 2010 geltenden Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen (ÖUSG) bzw. aus der Abänderung der Spezialgesetze (AHVG usw.) entstanden sind. Das Ziel liegt hier darin, die neuen Regelungen (Unternehmensstrategie, Organisationsreglemente, IKS, Berichterstattung usw.) sinnvoll und für den Geschäftsbetrieb (das Tagesgeschäft im Dienste der Kundschaft) reibungsfrei zu übernehmen.

Was die Sachmittel betrifft, so ist für 2010 der Beginn einer Optimierung der zur Verfügung stehenden Büroflächen vorgesehen. Das ist vorübergehend mit entsprechenden Investitionen verbunden, welche sich aber mittelfristig auszahlen dürften.

Das gesamte Geschäft der AHV-IV-FAK-Anstalten ist geprägt durch Volumenwachstum. Dieses Geschäft prägt auch den IT-Bedarf. Investitionen in zeitgemässe IT-Umgebung sichern auch künftig die von der Öffentlichkeit erwartete hohe Effizienz und Umsetzungstreue (für laufende und neue Aufgaben). In diesem somit besonders wichtigen Bereich wurde aufbauend auf Erkenntnissen eines externen Audits die Kata-

strophenvorsorge verbessert (bei einem Systemausfall sollte basierend auf den getroffenen Massnahmen binnen weniger Stunden zumindest ein Notbetrieb wieder aufgenommen werden können, um die wichtigsten Dienstleistungen erbringen zu können). Vor allem konnte im Berichtsjahr im Rahmen des EDV-Projekts „VISTA“ das Grundlagenprojekt „Überführung der Kundendaten“ erfolgreich und ohne nennenswerte Einschränkung für die Kundschaft eingeführt werden (der Betrieb war planmässig während insgesamt 4 Tagen nur eingeschränkt möglich). Die Realisierung weiterer VISTA-Teilprojekte wird nun zusammen mit den übrigen 16 Mitgliedern des IT-Pools der IGS (Informatikgesellschaft für Sozialversicherungen GmbH mit Sitz in St. Gallen) in Angriff zu nehmen sein. Das Ziel ist ein „Pilotprojekt Renten“ bei einer Pilot-Kasse gefolgt von einem Roll-out des „Basis-Release Renten“ bei sämtlichen IGS-Mitgliedsgesellschaften bis Ende 2011/2012. Die übrigen, bereits vorhandenen Releases werden fortlaufend durch neue Releases aktualisiert.

Unsere Mitarbeitenden

Im Berichtsjahr wurde bei den AHV-IV-FAK-Anstalten in enger Kooperation zwischen Verwaltungsrat, Direktion und Belegschaft basierend auf einem entsprechenden Reglement des Verwaltungsrates eine offizielle Personalvertretung installiert, deren fünf Mitglieder von den Mitarbeitenden in geheimer Wahl bestellt wurden.

Die Absicht hinter dieser Neuerung besteht darin, auf diese Weise die Belegschaft systematisch und sinnvoll in ausgewählte Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse einbeziehen zu können.

Für 2010 liegt ein wesentliches Ziel darin, im Rahmen eines „Incentive-Programms“ ein ausserbetriebliches, standardisiertes Kursangebot als Probephase zu installieren, um damit die fachliche und persönliche Weiterbildung breiter zu fördern. Neben diesem standardisierten Kursangebot wird selbstverständlich die spezifische Weiterbildung entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Funktion weiterhin aktiv als Führungsaufgabe interpretiert. Im Jahr 2010 wird ausserdem eine Mitarbeiterumfrage durchgeführt.

Vorbemerkungen der Verwaltung

Im Jahre 2008 hat der Verwaltungsrat in Absprache mit der Finanzkommission des Landtages neue Rechnungslegungsrichtlinien beschlossen. Diese werden erstmals für die Rechnung 2009 angewendet.

In den Betriebsrechnungen der AHV, IV und FAK sind die Neuerungen weniger gewichtig (es wäre bspw. nicht mehr zulässig, Bewertungsreserven auf dem Fondsvermögen zu bilden). Wichtig ist hier (im Vergleich zu den Vorjahren), dass bei den Betriebsrechnungen aller drei Anstalten zwischen Versicherungsbereich, Vermögensanlagebereich und Staatsbeiträgen unterschieden wird (bisher war im Bereich der AHV der Staatsbeitrag im Versicherungsbereich aufgeführt). Insgesamt ist ein Vergleich mit den Rechnungen der Vorjahre immer noch möglich.

In der Verwaltungskostenrechnung sind die Neuerungen etwas ausgeprägter und führen bspw. zur Auflösung von Rückstellungen für frühpensionierte Mitarbeiter oder zur Bildung neuer Rückstellungen für Stunden- und Ferienüberhänge. Ein Vergleich mit den Rechnungen der Vorjahre ist hier schwieriger. Bei Ausklammerung der Bildung und Auflösung der Rückstellungen wäre die Jahresrechnung annähernd ausgeglichen (geringer Gewinn).

Neu sind die Rechnungen der drei Anstalten AHV, IV und FAK sowie die Verwaltungskostenrechnung ausserdem mit einem Anhang versehen.



> Jahresrechnung

Betriebsrechnung AHV 2009

	2009 CHF	2008 CHF
Versicherungsbereich		
Beiträge		
Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber	208'966'169.15	198'357'151.55
Abschreibungen von Beiträgen	-105'535.08	-152'955.80
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	28'100.33	35'124.80
	208'888'734.40	198'239'320.55
Leistungen		
Renten	-213'190'809.00	-198'418'364.00
Hilfsmittel	-763'609.00	-620'888.85
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	150'815.24	353'360.12
	-213'803'602.76	-198'685'892.73
Betriebsergebnis 1 *	-4'914'868.36	-446'572.18
Vermögensverwaltungsbereich		
Wertschriftenerfolg (Nettoverlust im 2008)	231'438'207.90	-186'290'658.44
Immobilienenerfolg	1'342'842.40	1'237'605.71
Übriger Zinserfolg	312'298.93	-242'237.45
Erfolg Kapitalanlagen	233'093'349.23	-185'295'290.18
Betriebsergebnis 2**	228'178'480.87	-185'741'862.36
Staatsbeitrag allgemein	42'790'883.58	39'809'210.57
Beitrag aus LSVA	6'878'364.10	6'822'919.93
Gesamtergebnis AHV	277'847'728.55	-139'109'731.86

* Betriebsergebnis (aus Beiträgen und Leistungen)

** Betriebsergebnis inkl. Erfolg aus Kapitalanlagen



Bilanz AHV-Fonds per 31. Dezember 2009

	31. 12. 2009	31. 12. 2008
	CHF	CHF
AKTIVEN		
Kapitalanlagen		
Festverzinsliche Werte	1'306'781'618.53	1'222'709'939.15
Aktien	680'078'439.40	392'102'857.09
Übrige Anlagen	60'888'467.91	67'241'546.98
Immobilien	113'053'508.00	113'610'604.00
Banken	36'332'409.00	62'836'902.66
Kurzfristige Geldanlagen	24'240'662.44	107'740'270.84
	2'221'375'105.28	1'966'242'120.72
Gemeinsame Geldmittel		
Post	28'447'589.18	27'077'943.29
Banken	59'988'517.48	30'983'351.83
	88'436'106.66	58'061'295.12
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	12'458'072.42	13'498'514.99
	12'458'072.42	13'498'514.99
Abgrenzungen		
Übrige Aktiven	28'339'661.54	26'994'162.90
	28'339'661.54	26'994'162.90
TOTAL AKTIVEN		
	2'350'608'945.90	2'064'796'093.73
PASSIVEN		
Kontokorrente		
Nicht bestellbare Renten	8'537.38	2'001.07
Verpflichtung gegenüber IV-Fonds	7'626'228.15	8'509'934.51
Verpflichtung gegenüber FAK-Fonds	15'275'317.74	6'620'947.30
Verpflichtung gegenüber VK-Rechnung	5'998'392.66	7'106'428.10
	28'908'475.93	22'239'310.98
Abgrenzungen		
Übrige Passiven	3'248'371.48	1'952'412.81
	3'248'371.48	1'952'412.81
Kapital		
Bestand 1. Januar	2'040'604'369.94	2'179'714'101.80
Gesamtergebnis AHV	277'847'728.55	-139'109'731.86
Kapital 31. Dezember	2'318'452'098.49	2'040'604'369.94
TOTAL PASSIVEN		
	2'350'608'945.90	2'064'796'093.73

> Jahresrechnung

Betriebsrechnung IV 2009

	2009 CHF	2008 CHF
Versicherungsbereich		
Beiträge		
Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber	41'273'803.05	39'165'143.15
Abschreibungen von Beiträgen	-19'915.05	-27'607.00
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	4'877.25	5'800.60
	41'258'765.25	39'143'336.75
Leistungen		
Renten	-37'709'326.00	-37'092'810.00
Früherfassung/Eingliederung	-2'395'960.22	-2'423'074.90
ILZ 1/ Kollektive Leistungen	-13'559'091.16	-9'979'229.39
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	201'106.58	346'800.40
	-53'463'270.80	-49'148'313.89
Betriebsergebnis 1 *	-12'204'505.55	-10'004'977.14
Zinsertrag	33'565.65	99'436.75
Betriebsergebnis 2 **	-12'170'939.90	-9'905'540.39
Staatsbeitrag	12'379'018.46	9'907'530.78
Gesamtergebnis IV	208'078.56	1'990.39

¹ Interinstitutionelle Zusammenarbeit

* Betriebsergebnis (aus Beiträgen und Leistungen)

** Betriebsergebnis (inkl. Vermögensertrag)



Bilanz IV-Fonds per 31. Dezember 2009

	31. 12. 2009	31. 12. 2008
	CHF	CHF
AKTIVEN		
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	2'185'659.71	2'291'013.74
Darlehen Kapitalhilfe für SE (1)	0.00	6'851.00
Forderung gegenüber AHV-Fonds	7'626'228.15	8'509'934.51
	9'811'887.86	10'807'799.25
 TOTAL AKTIVEN	 	
	9'811'887.86	10'807'799.25
 PASSIVEN		
Kontokorrente		
Nicht bestellbare Renten	331.00	20'674.52
Kreditoren	86'974.70	74'549.45
	87'305.70	95'223.97
 Abgrenzungen		
Übrige Passiven	7'040'367.54	8'236'439.22
	7'040'367.54	8'236'439.22
 Kapital		
Bestand 1. Januar	2'476'136.06	2'474'145.67
Gesamtergebnis IV	208'078.56	1'990.39
Kapital 31. Dezember	2'684'214.62	2'476'136.06
 TOTAL PASSIVEN	 	
	9'811'887.86	10'807'799.25

(1) SE = Selbständigerwerbende

> Jahresrechnung

Betriebsrechnung FAK 2009

	2009 CHF	2008 CHF
Versicherungsbereich		
Beiträge		
Beiträge der Arbeitgeber, SE und NE ¹	57'728'341.00	54'809'649.15
Abschreibungen von Beiträgen	-29'251.70	-42'333.65
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	7'794.98	9'742.20
	57'706'884.28	54'777'057.70
Leistungen		
Kinderzulagen	-46'076'967.00	-46'976'933.00
Geburtszulagen	-2'216'100.00	-1'957'900.00
Alleinerziehendenzulagen	-1'670'724.00	-1'649'854.00
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	554'942.00	415'776.00
	-49'408'849.00	-50'168'911.00
Betriebsergebnis 1 *	8'298'035.28	4'608'146.70
Vermögensverwaltungsbereich		
Wertschriftenerfolg (Nettoverlust im 2008)	9'780'653.90	-10'529'038.27
Übriger Zinserfolg	51'256.82	66'238.25
Erfolg Kapitalanlagen	9'831'910.72	-10'462'800.02
Betriebsergebnis 2**	18'129'946.00	-5'854'653.32
Staatsbeitrag	0.00	0.00
Gesamtergebnis FAK	18'129'946.00	-5'854'653.32

¹ SE und NE = Selbständigerwerbende und Nichterwerbstätige

* Betriebsergebnis (aus Beiträgen und Leistungen)

** Betriebsergebnis inkl. Erfolg aus Kapitalanlagen



Bilanz FAK-Fonds per 31. Dezember 2009

	31. 12. 2009	31. 12. 2008
	CHF	CHF
AKTIVEN		
Kapitalanlagen		
Festverzinsliche Werte	54'238'453.17	51'283'849.44
Aktien	28'226'906.52	16'445'882.42
Übrige Anlagen	2'527'198.33	2'820'297.17
Banken	1'507'990.04	2'635'554.15
Kurzfristige Geldanlagen	1'006'117.64	4'518'926.08
	87'506'665.70	77'704'509.26
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	3'442'930.86	3'748'009.20
Forderung gegenüber AHV-Fonds	15'275'317.74	6'620'947.30
	18'718'248.60	10'368'956.50
Abgrenzungen		
Übrige Aktiven	854'639.30	825'915.08
	854'639.30	825'915.08
TOTAL AKTIVEN		
	107'079'553.60	88'899'380.84
PASSIVEN		
Abgrenzungen		
Übrige Passiven	131'124.68	80'897.92
	131'124.68	80'897.92
Kapital		
Bestand 1. Januar	88'818'482.92	94'673'136.24
Gesamtergebnis FAK	18'129'946.00	-5'854'653.32
Kapital 31. Dezember	106'948'428.92	88'818'482.92
TOTAL PASSIVEN		
	107'079'553.60	88'899'380.84

> Jahresrechnung

Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK 2009

	2009	2008
	CHF	CHF
Ertrag		
Verwaltungskosten-Beiträge	11'095'214.21	10'613'871.33
Mahngebühren und Bussen	97'397.52	98'822.22
Zinsertrag	35'425.60	136'507.60
Vergütung für übertragene Aufgaben	1'540'000.00	1'365'000.00
Ausserordentlicher Ertrag	5'460.00	6'426.58
Auflösung Rückstellungen	1'092'684.65	60'000.00
	13'866'181.98	12'280'627.73
 Verwaltungskosten (Aufwand)		
Löhne und Gehälter	-5'700'912.50	-5'629'686.45
Sozialleistungen	-995'047.10	-921'096.59
Übrige Personalkosten	-104'408.13	-93'230.82
Drucksachen und Büromaterial	-102'691.73	-128'138.11
EDV	-3'742'125.58	-2'716'530.54
Porti, Telefon und PC-Gebühren	-467'122.44	-445'158.95
Miete, Unterhalt und Reinigung	-890'563.05	-662'059.40
Revisions- und Beratungskosten	-270'215.70	-213'493.80
Unterhalt u. Reparaturen von Anlagevermögen	-71'320.42	-19'609.05
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-119'172.78	-122'101.49
Übriger Aufwand	-209'767.13	-259'143.90
Bildung Rückstellungen	-360'000.00	-27'288.00
	-13'033'346.56	-11'237'537.10
 Gesamtergebnis VK-Rechnung	 832'835.42	 1'043'090.63



Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK per 31. Dezember 2009

	31. 12. 2009	31. 12. 2008
	CHF	CHF
AKTIVEN		
Sachanlagen		
Mobilien	33'785.00	17'560.00
EDV-Anlage	62'027.00	26'678.00
Fahrzeuge	2.00	2.00
Anteilscheine	1.00	1.00
	95'815.00	44'241.00
Geldmittel		
Kasse	1'098.10	7'902.75
	1'098.10	7'902.75
Kontokorrente		
Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen	706'627.73	754'877.87
Forderung gegenüber AHV-Fonds	5'998'392.66	7'106'428.10
	6'705'020.39	7'861'305.97
Abgrenzungen		
Übrige Aktiven	771'802.08	166'457.80
	771'802.08	166'457.80
TOTAL AKTIVEN		
	7'573'735.57	8'079'907.52
PASSIVEN		
Kontokorrente		
Kreditoren	266'163.55	277'753.51
	266'163.55	277'753.51
Abgrenzungen		
Übrige Passiven	88'543.50	68'115.66
Rückstellungen	860'000.00	2'207'845.25
	948'543.50	2'275'960.91
Kapital		
Bestand 1. Januar	5'526'193.10	4'483'102.47
Gesamtergebnis VK	832'835.42	1'043'090.63
Kapital 31. Dezember	6'359'028.52	5'526'193.10
TOTAL PASSIVEN		
	7'573'735.57	8'079'907.52

Anhang zur Jahresrechnung per 31. Dezember 2009

1 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.1 Grundlagen

Die Jahresrechnung der AHV-IV-FAK Anstalten per 31. Dezember 2009 wurde erstmals in Übereinstimmung mit den Richtlinien vom 9. April 2008 über das Rechnungswesen der AHV-IV-FAK Anstalten erstellt. Die Vorjahresangaben wurden entsprechend angepasst.

Diese Richtlinien stipulieren, dass die Buchführung so beschaffen sein muss, dass sie sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage der einzelnen Anstalten sowie über die Verwaltungskosten vermitteln kann. Die Buchführung hat den Grundsätzen der Stetigkeit und Vergleichbarkeit, Wesentlichkeit und Klarheit sowie Vorsicht gebührend Rechnung zu tragen.

Die jeweiligen Betriebsrechnungen (Erfolgsrechnungen) bringen entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Anstalten das Verhältnis zwischen Aufwendungen und Erträgen sowie auch das Betriebsergebnis (Beiträge, Leistungen), das Ergebnis allfälliger Vermögensanlagen, den allfälligen Staatsbeitrag und das Gesamtergebnis zum Ausdruck.

Im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen werden betriebswirtschaftlich erforderliche Rückstellungen und periodengerechte Abgrenzungen grundsätzlich nur in der Verwaltungsrechnung vorgenommen. Im Rahmen der Betriebsrechnungen der einzelnen Anstalten werden demgegenüber Aufwendungen und Erträge grundsätzlich jeweils erst bei Zahlungsausgang bzw. Zahlungseingang verbucht.

Die Bewertung erfolgt, sofern nicht anders aufgeführt, zu Nominalwerten. Die Bewertung erfolgt im Sinne einer Sammelbewertung pro Bilanzposition gesamthaft; allfällige Über- bzw. Unterbewertungen innerhalb einer Position werden gegenseitig verrechnet.

Fremdwährungspositionen werden zum Kurswert am Bilanzstichtag bilanziert.

1.2 Betriebsrechnungen

1.2.1 Versicherungsbereich

Der Versicherungsbereich setzt sich im Sinne eines Umlaufverfahrens im Wesentlichen aus **Beiträgen** (insbesondere von Versicherten, Arbeitgebern und Staatsbeiträgen) einerseits sowie aus **Leistungen** (insbesondere aus Rentenleistungen) andererseits zusammen.

1.2.2 Erfolg aus Kapitalanlagen

Der Erfolg aus Kapitalanlagen fasst die laufenden Erträge aus den Kapitalanlagen sowie die realisierten und nichtrealisierten Bewertungserfolge aus den getätigten Vermögensanlagen sowie den Zinserfolg aus der gemeinsamen Geldmittelbewirtschaftung zusammen.

1.3 Verwaltungskostenrechnung

Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen wird für die Verwaltungskosten der einzelnen Anstalten eine separate Buchführung im Sinne einer gemeinsamen Verwaltungskostenrechnung vorgenommen.

Die Verwaltungskosten umfassen im Wesentlichen die Personalaufwendungen, die EDV-Aufwendungen sowie die übrigen Betriebsaufwendungen der drei Anstalten. Die Finanzierung der Verwaltungskosten erfolgt im Rahmen der Beitragszahlung von Versicherten (exkl. Arbeitnehmern) und Arbeitgebern.

1.4 Bilanzen

1.4.1 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen werden zum Kurswert am Bilanzstichtag bewertet. Davon ausgenommen sind Immobilien, welche zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich erforderlichen Abschreibungen bilanziert werden.

Im Zusammenhang mit den Kapitalanlagen werden keine Wertschwankungsreserven gebildet.

1.4.2 Festverzinsliche Werte

Wertschriften, Kassenobligationen und ähnliche handelbare Anlagen werden zum Marktwert bilanziert. Herkömmliche, standardisierte Wandel- und Optionsanleihen werden unter Obligationen verbucht.

Die aufgelaufenen Marchzinsen aus festverzinslichen Werten werden unter der Rubrik Abgrenzungen, übrige Aktiven, ausgewiesen.

1.4.3 Aktien

Aktien werden zum Marktwert bilanziert. Herkömmliche, standardisierte Wandel- und Optionsanleihen mit stärkerem Sachwertcharakter werden je nach Entscheid des Anlagefachausschusses unter Aktien verbucht.

1.4.4 Übrige Anlagen

Edelmetalle, realwirtschaftliche Anrechte (Commodities) sowie nicht-traditionelle Anlagen wie Hedge Funds und Private Equity, Anteile an Immobilienfonds und Ähnliches werden als übrige Anlagen verbucht und zu Marktwerten bewertet.

1.4.5 Immobilien

Die Bilanzierung der Immobilien (Liegenschaften und Bauland) erfolgt zu Anschaffungs-/Herstellkosten, vermindert um die planmässigen Abschreibungen von 3% von den Anschaffungs- oder Erstellungskosten. Wesentliche und andauernde Wertminderungen (bei sinkendem Marktwert) werden durch ausserplanmässige Abschreibungen berücksichtigt. Bei Land und Boden erfolgt grundsätzlich keine Abschreibung, da von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Indirekte Immobilienanlagen wie beispielsweise Anteile an Immobiliengesellschaften sowie Anteile an Immobilienfonds werden unter den Rubriken Aktien bzw. übrige Anlagen bilanziert.

1.4.6 Banken und kurzfristige Geldanlagen

Die Bilanzierung der Bankguthaben und kurzfristigen Geldanlagen erfolgt zu Nominalwerten.

1.4.7 Derivate

Derivative Finanzinstrumente werden unabhängig vom Erwerbsgrund zum Marktwert, dem sogenannten Wiederbeschaffungswert, bilanziert. Die positiven Wiederbeschaffungswerte werden auf der Aktivseite, die negativen auf der Passivseite bilanziert.

1.4.8 Sachanlagen (nur in der Bilanz der Verwaltungskostenrechnung)

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmässigen Abschreibungen. Bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung werden ausserplanmässige Abschreibungen vorgenommen. Abschreibungssätze (vom Anschaffungswert):

Einrichtungsgegenstände	10.0%
Büromöbiliar	12.5%
Büromaschinen und techn. Anlagen	20.0%
EDV-Anlagen und Fahrzeuge	33.3%

Software wird im Jahr der Anschaffung direkt dem Verwaltungsaufwand belastet.

Sachanlagen unter CHF 1'500 werden nicht aktiviert.

1.4.9 Gemeinsame Geldmittel

Die gemeinsam bewirtschafteten Geldmittel werden gesamthaft in der Bilanz AHV-Fonds ausgewiesen.

1.4.10 Kontokorrente

Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen
In Bezug auf die uneinbringlichen Forderungen gelten die gesetzlichen Abschreibungsregelungen. Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden hinsichtlich Forderungen gegenüber Beitragspflichtigen keine vorsorglichen Delkrederpositionen gebildet.

1.4.11 Abgrenzungen

Übrige Aktiven und Passiven

Bei den übrigen Aktiven und Passiven handelt es sich im Wesentlichen um Rechnungsabgrenzungsposten. Einzelheiten sind in Ziffer 2 (Erläuterungen zu einzelnen wesentlichen Positionen) ausgeführt.

(Nach-)zahlungen für individuelle Versicherungsleistungen (im Wesentlichen: Renten, Eingliederungsmassnahmen, Familienzulagen), welche bis zum 31. Dezember noch nicht verfügt worden sind, werden – im Einklang mit den Bewertungsgrundsätzen – nicht periodengerecht abgegrenzt.

Rückstellungen

Betriebswirtschaftlich erforderliche Rückstellungen und periodengerechte Abgrenzungen werden grundsätzlich nur in der Verwaltungskostenrechnung vorgenommen. In den Betriebsrechnungen der einzelnen Anstalten werden demgegenüber Aufwendungen und Erträge grundsätzlich jeweils erst bei Zahlungsausgang bzw. Zahlungseingang verbucht.



> Jahresrechnung

2 Erläuterungen zu einzelnen wesentlichen Positionen

2.1 Betriebsrechnung AHV-Fonds

2.1.1 Zusammensetzung Nettoerfolg der Kapitalanlagen

	2009 CHF	2008 CHF
Zinsen und Wertschriftenerträge	53'539'779.21	56'838'910.99
Erträge aus Securities Lending	198'237.38	432'212.62
Nicht realisierte Kursverluste und -gewinne (=Saldo)	<u>186'143'215.75</u>	<u>-396'550'969.98</u>
Total Wertschriftenerfolg (Verlust im 2008)	239'881'232.34	-339'279'846.37
Zinsaufwand und Spesen	-4'625.88	-7'649.50
Vermögensverwaltungsaufwand und -Gebühren	<u>-8'438'398.56</u>	<u>-7'003'162.57</u>
Total Wertschriftenaufwand	-8'443'024.44	-7'010'812.07
Auflösung Bewertungsreserve	0.00	160'000'000.00
Total Wertschriftenerfolg (Nettoverlust im 2008)	<u>231'438'207.90</u>	<u>-186'290'658.44</u>
Immobilienenerträge	5'567'545.65	5'298'591.30
Immobilienaufwendungen	-1'147'607.25	-977'385.59
Abschreibungen auf Immobilien	<u>-3'077'096.00</u>	<u>-3'083'600.00</u>
Total Immobilienerfolg	<u>1'342'842.40</u>	<u>1'237'605.71</u>
Übriger Zinsaufwand	0.00	-279'000.00
Übriger Zinsertrag	<u>312'298.93</u>	<u>36'762.55</u>
Total übriger Zinserfolg	<u>312'298.93</u>	<u>-242'237.45</u>
Total Nettoerfolg Kapitalanlagen gemäss Betriebsrechnung AHV	233'093'349.23	-185'295'290.18

Der wesentliche Teil des Nettoerfolges aus Kapitalanlagen wird mit Wertschriften erzielt. Aufgrund der verbesserten Börsenlage konnten die Wertschriftenerfolge im Vergleich zum Vorjahr massiv verbessert werden. Wo im letzten Jahr noch ein Verlust aus Wertschriftenanlagen von CHF 346 Mio. (vor Auflösung Bewertungsreserve) erzielt wurde, konnte im Berichtsjahr 2009 ein Gewinn in der Höhe von CHF 231 Mio. erzielt werden.

Seit 2003 werden die Vermögenswerte der Liechtensteinischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und der Liechtensteinischen Familienausgleichskasse (FAK) gemeinsam bewirtschaftet. In einer Vereinbarung, welche auf 1. Januar 2003 in Kraft trat, sind die Bestimmungen für die gemeinsame Bewirtschaftung des Wertschriften-Portefeuilles, d.h. die Regeln für das Wertschriften-Pooling festgehalten.

Seit Ende 2007 wurden die Festgeldanlagen, welche bis zu diesem Zeitpunkt in den gemeinsamen Geldmitteln geführt wurden, zugunsten des AHV-Fonds in den Wertschriftenpool übertragen. Ende 2008 stellte sich jedoch heraus, dass der Anteil des AHV-Fonds an die gemeinsame Liquidität der AHV-IV-FAK-Anstalten zu tief war. Dabei wurde die durchschnittlich notwendige Liquidität je Rechnungskreis dem durchschnittlichen Kontokorrentsaldo gegenübergestellt. Für den Fehlbetrag des AHV-Fonds wurde mit dem Zinssatz, welcher im Jahr 2008 und 2009 auf den Festgeldanlagen des Wertschriftenpools erzielt wurde, der Zinsaufwand berechnet und zugunsten der Überschüsse der anderen Rechnungskreise verzinst.

Seit Ende 2007 wurden die Festgeldanlagen, welche bis zu diesem Zeitpunkt in den gemeinsamen Geldmitteln geführt wurden, zugunsten des AHV-Fonds in den Wertschriftenpool übertragen. Ende 2008 stellte sich jedoch heraus, dass der Anteil des AHV-Fonds an die gemeinsame Liquidität der AHV-IV-FAK-Anstalten zu tief war. Dabei wurde die durchschnittlich notwendige Liquidität je Rechnungskreis dem durchschnittlichen Kontokorrentsaldo gegenübergestellt. Für den Fehlbetrag des AHV-Fonds wurde mit dem Zinssatz, welcher im Jahr 2008 und 2009 auf den Festgeldanlagen des Wertschriftenpools erzielt wurde, der Zinsaufwand berechnet und zugunsten der Überschüsse der anderen Rechnungskreise verzinst.

2.2 Bilanz AHV-Fonds

2.2.1 Kapitalanlagen

Derivative Finanzinstrumente	Positive Wieder- beschaffungswerte CHF	Negative Wieder- beschaffungswerte CHF	Kontraktvolumen CHF
Zinsen	0.00	-252'807.00	8'375'886.00
Devisen	3'722'861.00	-3'941'860.00	409'836'521.00
Beteiligungstitel	7'162.00	0.00	3'353'567.00
Total per 31. Dezember 2009	3'730'023.00	-4'194'667.00	421'565'974.00
Total per 31. Dezember 2008	15'904'127.00	-3'308'871.00	465'190'169.00

Die benötigte Liquidität zur Deckung der Derivatgeschäfte ist vorhanden.

	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Summe der am Bilanzstichtag ausgeliehenen Wertschriften	111'875'275.00	keine

Per Bilanzstichtag waren keine Depotwerte verpfändet.

> Jahresrechnung

2.2.2 Abgrenzungen

Übrige Aktiven	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Staatsbeitrag	790'883.60	209'210.57
Guthaben aus Abrechnungen Immobilienverwaltung	79'046.43	270'458.68
Beitrag aus LSWA	6'878'364.10	6'822'920.00
Guthaben aus Vermögensverwaltung Kapitalanlagen	598'631.59	832'857.34
Marchzinsen auf Kapitalanlagen	19'992'422.82	18'858'616.31
Diverse übrige Aktiven	<u>313.00</u>	<u>100.00</u>
Total übrige Aktiven	28'339'661.54	26'994'162.90
Übrige Passiven	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Verbindlichkeiten aus Abrechnungen Immobilienverwaltung	84'564.00	17'986.20
Verpflichtungen aus Vermögensverwaltung Kapitalanlagen	3'159'222.23	1'928'768.81
Diverse übrige Passiven	<u>4'585.25</u>	<u>5'657.80</u>
Total übrige Passiven	3'248'371.48	1'952'412.81

2.3 Betriebsrechnung IV-Fonds

2.3.1 IIZ / Kollektive Leistungen

Bei den Sonderschulmassnahmen werden am Jahresende Abgrenzungen (vgl. Bilanz IV-Fonds, Abgrenzungen übrige Passiven) vorgenommen. Baubeiträge und Betriebsbeiträge werden bei Zahlung verbucht und per 31. Dezember jeweils nicht abgegrenzt.

2.4 Bilanz IV-Fonds

2.4.1 Abgrenzungen

Übrige Passiven	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Sonderschulmassnahmen	4'419'386.00	4'343'970.00
Abgrenzung Staatsbeitrag	<u>2'620'981.54</u>	<u>3'892'469.22</u>
Total übrige Passiven	7'040'367.54	8'236'439.22

2.5 Betriebsrechnung FAK-Fonds

2.5.1 Zusammensetzung Nettoerfolg aus Kapitalanlagen

	2009 CHF	2008 CHF
Zinsen und Wertschriftenerträge	2'240'921.82	2'298'825.94
Erträge aus Securities Lending	8'341.84	17'444.08
Nicht realisierte Kursverluste- und gewinne (=Saldo)	<u>7'883'312.11</u>	<u>-16'062'400.89</u>
Total Wertschriftenerfolg (Nettoverlust im 2008)	10'132'575.77	-13'746'130.87
Vermögensverwaltungsaufwand und -Gebühren	<u>-351'921.87</u>	<u>-282'907.40</u>
Total Wertschriftenaufwand	-351'921.87	-282'907.40
Auflösung Bewertungsreserve	0.00	3'500'000.00
Total Wertschriftenerfolg (Nettoverlust im 2008)	<u>9'780'653.90</u>	<u>-10'529'038.27</u>
Übriger Zinsertrag	<u>51'256.82</u>	<u>66'238.25</u>
Total übriger Zinserfolg	<u>51'256.82</u>	<u>66'238.25</u>
Total Nettoerfolg Kapitalanlagen gemäss Betriebsrechnung FAK	9'831'910.72	-10'462'800.02



> Jahresrechnung

Der wesentliche Teil des Nettoerfolges aus Kapitalanlagen wird mit Wertschriften erzielt. Aufgrund der verbesserten Börsenlage konnten die Wertschriftenerfolge im Vergleich zum Vorjahr massiv verbessert werden. Wo im letzten Jahr noch ein Verlust aus Wertschriftenanlagen von CHF 14 Mio. (vor Auflösung Bewertungsreserve) erzielt wurde, konnte im Berichtsjahr 2009 ein Gewinn in der Höhe von CHF 9.8 Mio. erzielt werden.

Seit 2003 werden die Vermögenswerte der Liechtensteinischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und der Liechten-

steinischen Familienausgleichskasse (FAK) gemeinsam bewirtschaftet. In einer Vereinbarung, welche auf 1. Januar 2003 in Kraft trat, sind die Bestimmungen für die gemeinsame Bewirtschaftung des Wertschriften-Portefeuilles, d.h. die Regeln für das Wertschriften-Pooling festgehalten.

Seit Ende 2007 wurden die Festgeldanlagen, welche bis zu diesem Zeitpunkt in den gemeinsamen Geldmitteln geführt wurden, zugunsten des AHV-Fonds in den Wertschriftenpool übertragen. Ende 2008 stellte sich jedoch heraus, dass der Anteil des

AHV-Fonds an die gemeinsame Liquidität der AHV-IV-FAK-Anstalten zu tief war. Dabei wurde die durchschnittlich notwendige Liquidität je Rechnungskreis dem durchschnittlichen Kontokorrentsaldo gegenübergestellt. Für den Fehlbetrag des AHV-Fonds wurde mit dem Zinssatz, welcher im Jahr 2008 und 2009 auf den Festgeldanlagen des Wertschriftenpools erzielt wurde, der Zinsaufwand berechnet und zugunsten der Überschüsse der anderen Rechnungskreise verzinst.

2.6 Bilanz FAK-Fonds

2.6.1 Kapitalanlagen

Derivative Finanzinstrumente	Positive Wieder- beschaffungswerte CHF	Negative Wieder- beschaffungswerte CHF	Kontraktvolumen CHF
Zinsen	0.00	-10'506.00	348'087.00
Devisen	154'715.00	-163'817.00	17'032'056.00
Beteiligungstitel	298.00	0.00	139'368.00
Total per 31. Dezember 2009	155'013.00	-174'323.00	17'519'511.00
Total per 31. Dezember 2008	667'851.00	-138'947.00	19'534'400.00

Die benötigte Liquidität zur Deckung der Derivatgeschäfte ist vorhanden.

	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Summe der am Bilanzstichtag ausgeliehenen Wertschriften	4'649'332.00	keine

Per Bilanzstichtag waren keine Depotwerte verpfändet.

2.6.2 Abgrenzungen

Übrige Aktiven	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Guthaben im Bereich Kapitalanlagen	24'846.42	34'932.35
Marchzinsen auf Kapitalanlagen	<u>829'792.88</u>	<u>790'982.73</u>
Total übrige Aktiven	854'639.30	825'915.08
Übrige Passiven	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Verpflichtungen aus Vermögensverwaltung		
Kapitalanlagen	<u>131'124.68</u>	<u>80'897.92</u>
Total übrige Passiven	131'124.68	80'897.92

2.7 Verwaltungskostenrechnung

Bezüge des Verwaltungsrates (inkl. Tätigkeit von Verwaltungsratsmitgliedern im Anlagefachausschuss), der erweiterten Geschäftsleitung (Direktion und Abteilungsleiter) und des Aufsichtsrates pro Jahr (brutto)	2009 CHF	2008 CHF
Verwaltungsrat	105'800.00	122'458.35
Direktion und Abteilungsleiter	1'015'482.35	1'017'234.80
Aufsichtsrat	2'400.00	2'400.00

> Jahresrechnung

2.8 Bilanz Verwaltungskosten

2.8.1 Abgrenzungen

	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Übrige Aktiven		
Restbetrag Durchführung übertragene Aufgaben	55'000.00	120'000.00
Anschlusskontrolle BPVG	45'000.00	45'000.00
Abgrenzung übertragene Aufgaben	670'410.48	0.00
Übrige Abgrenzungen	<u>1'391.60</u>	<u>1'457.80</u>
Total übrige Aktiven	771'802.08	166'457.80
	31.12.2009 CHF	31.12.2008 CHF
Übrige Passiven		
Abgrenzung Revisionshonorar	80'700.00	28'000.00
Abgrenzung übertragene Aufgaben	0.00	31'402.96
Übrige Abgrenzungen	<u>7'843.50</u>	<u>8'712.70</u>
Total übrige Passiven	88'543.50	68'115.66

2.8.2 Rückstellungsspiegel

	EDV-Projekt CHF	Frühpensionierung CHF	vers.tech. Bilanz CHF	Ferien/Überzeit CHF	Total CHF
Buchwert per 1. 1. 2008	278'712.00	2'401'045.20	60'000.00	0.00	2'739'757.20
Bildung	27'288.00	-	-	-	27'288.00
Verwendung	-	499'199.95	-	-	499'199.95
Auflösung	-	-	60'000.00	-	60'000.00
Buchwert per 31. 12. 2008	306'000.00	1'901'845.25	0.00	0.00	2'207'845.25
Bildung	-	-	-	360'000.00	360'000.00
Verwendung	139'873.00	475'287.60	-	-	615'160.60
Auflösung	146'127.00	946'557.65	-	-	1'092'684.65
Buchwert per 31. 12. 2009	20'000.00	480'000.00	0.00	360'000.00	860'000.00

Erläuterungen zur Bildung und Verwendung von Rückstellungen im Bereich der Verwaltungskosten

Rückstellung Frühpensionierung

Die Verpflichtung der Anstalt aus anfallenden Kosten für angetretene oder zugesagte Frühpensionierung werden mit Einführung der neuen Rechnungslegungsrichtlinie nach betriebswirtschaftlichen Kriterien gebildet. Im

Einklang mit der neuen Richtlinie wurden nicht benötigte Rückstellungen aus dem Vorjahr aufgelöst.

Rückstellung Ferien/Überzeit

Mit der in Kraftsetzung der Richtlinien über

das Rechnungswesen ab 1.1.2009 werden die Kosten für Überstunden und Ferien per 31. 12. 2009 erstmals abgegrenzt. Im 2009 wurde dafür eine betriebsnotwendige Rückstellung in der Höhe von TCHF 360 gebildet.

3 Bürgschaften, Garantieverpflichtungen, Pfandbestellungen, weitere Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

3.1 Bürgschaften, Garantieverpflichtungen, Pfandbestellungen und weitere Eventualverbindlichkeiten

	31.12.2009	31.12.2008
AHV-IV-FAK-Fonds und Verwaltungskostenrechnung	Keine	Keine

3.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Positionen keine weiteren Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage per Bilanzstichtag von Bedeutung

sind. Bezüglich der Vornahme von Abgrenzungen wird auf Ziffern 1.1 und 2.3.1 des Anhangs verwiesen.

AHV-/FAK-Fonds, Kapitalanlagen, offene Kapitalzusagen Immobilienfonds per 31. 12. 2009:

Fonds 1 EUR 1'656'795.47 umgerechnet zu CHF/EUR 1.4831	CHF 2'457'276.20
Fonds 2 EUR 2'788'008.81 umgerechnet zu CHF/EUR 1.4831	CHF 4'135'035.27

IV-Fonds, Interinstitutionelle Zusammenarbeit/Kollektive Leistungen

Per Bilanzstichtag zugesagte Beiträge:	31.12.2009	31.12.2008
	CHF	CHF
offene Baubeiträge nach Art. 82 IVG	9'920'000.00	12'240'000.00
offene Betriebsbeiträge nach Art. 82 IVG	pro Memoria	pro Memoria

Liechtensteinische AHV-IV-FAK
Gerberweg 2
Postfach 84
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein

Telefon 00423 / 238 16 16
Telefax 00423 / 238 16 00
postmaster@ahv.li
www.ahv.li

